

Einkommens- umverteilung

Bericht von Stefan Bach, Markus Grabka und Erik Tomasch

Steuer- und Transfersystem:
Hohe Umverteilung vor allem über die Sozialversicherung 147

Interview mit Stefan Bach

»Staatliche Umverteilung
reduziert Ungleichheit der Haushaltseinkommen« 157

Bericht von Carsten Schröder, C. Katharina Spieß und Johanna Storck

Private Bildungsausgaben für Kinder:
Einkommensschwache Familien sind relativ stärker belastet 158

Am aktuellen Rand Kommentar von Claudia Kemfert

Keine Kohle für die Kohle 172



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang
18. Februar 2015

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Anika Rasner
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Kristina van Deuverden
Dr. Johannes Geyer

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

DIW WOCHENBERICHT IN DER PRESSE

Die Superreichen in Deutschland verfügen über viel mehr Geld als bisher angenommen. Wegen statistischer Ungenauigkeiten wird das Vermögen der Multimillionäre und Milliardäre gar nicht oder kaum erfasst, zeigt eine aktuelle Studie des DIW, die der SZ vorliegt. Die Forscher haben diese Ungenauigkeit mit einer neuen Methode verringert. Die Folge: Sie schätzen, dass das Gesamtvermögen der Deutschen bis zu 9,3 Billionen Euro beträgt; das sind drei Billionen Euro mehr, als bei der letzten amtlichen Erhebung im Jahr 2012 ermittelt.

[Süddeutsche Zeitung, 11.02.2015, über die DIW-Studie „Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland“ \(WB 7/2015\)](#)

Höhere Steuern für Reiche oder die Wiedereinführung einer Vermögensteuer haben CDU und SPD nicht auf der Agenda. Zum Ärger mancher Linker und Gewerkschafter. Um Schwung in das Thema zu bringen, hat die Hans-Böckler-Stiftung des DGB das DIW beauftragt. Ergebnis der Analyse: „Das reichste Prozent dürfte rund ein Drittel des Privatvermögens in Deutschland besitzen.“ Das ist deutlich mehr als angenommen und hat einen einfachen Grund: Die Superreichen wurden bislang in den Statistiken nicht berücksichtigt. „Gerade dieser Personenkreis ist aber von besonderer Bedeutung, weil er einen beträchtlichen Teil des Gesamtvermögens besitzt“, schreibt das DIW in seinem jüngsten Wochenbericht.

[Der Tagesspiegel, 12.02.2015, über die DIW-Studie „Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland“ \(WB 7/2015\)](#)

Verhältnismäßig und damit gerechtfertigt ist ein Steuerrabatt nur dann, wenn ein Unternehmen durch die Zahlung der Erbschaftsteuer in seiner Existenz gefährdet wird oder tatsächlich Arbeitsplätze über eine längere Zeit gesichert werden. Das gewährleisten die heutigen Regeln faktisch nicht. Das DIW hat deshalb in einer neuen Studie vorgeschlagen, die Vergünstigungen zu begrenzen und im Gegenzug die Steuerzahlungen so zu strecken, dass die Erben sie aus den laufenden Erträgen begleichen können. Das DIW erwartet, dass die Einnahmen so von fünf auf bis zu 13 Milliarden Euro steigen könnten. Das wäre zumindest der Anfang einer fairen Besteuerung.

[Frankfurter Rundschau, 14.02.2015, über den DIW-Vorschlag zur Reform der Erbschaftsteuer \(WB 7/2015\)](#)

Steuer- und Transfersystem: Hohe Umverteilung vor allem über die Sozialversicherung

Von Stefan Bach, Markus Grabka und Erik Tomasch

Die monetäre Umverteilung durch das Steuer- und Transfersystem führt insgesamt dazu, dass die Nettoeinkommen in Deutschland deutlich gleichmäßiger verteilt sind als die Markteinkommen. So sinkt der Gini-Koeffizient von 0,5 für die Markteinkommen auf 0,29 für die verfügbaren Haushaltseinkommen im Jahr 2011. Einen maßgeblichen Anteil an der gesamten staatlichen Umverteilung hat das Sozialversicherungssystem, das mehr als die Hälfte der Ungleichheitsreduktion ausmacht. Soweit für die Sozialversicherungsleistungen versicherungsäquivalente Beiträge erhoben werden, findet aber im Zeitverlauf letztlich keine Umverteilung zwischen Personen oder Generationen statt.

Im Hinblick auf die Zielgenauigkeit staatlicher Transfers zeigt sich, dass diese bei den Grundsicherungsleistungen erwartungsgemäß den finanziell bedürftigen Haushalten zu Gute kommen. Andere staatliche Leistungen wie das Kindergeld werden hingegen sämtlichen Einkommensgruppen gewährt. Bei der ausgelaufenen Eigenheimzulage profitierten vor allem die oberen Einkommensgruppen.

Das deutsche Steuer- und Transfersystem verteilt die Einkommen der Bürger wirksam um. Steuern und Sozialbeiträge lenken einen Teil der erwirtschafteten Einkommen in die Staatskasse. Davon fließt ein wesentlicher Teil in Form von staatlichen Geldleistungen unmittelbar an die Bürger zurück. Deutschland gilt hierbei im internationalen Vergleich als ein Land mit einem hohen Maß an Einkommensumverteilung.¹ Das liegt vorrangig an den breit ausgebauten sozialen Sicherungssystemen, die zu intra- als auch intergenerationaler Umverteilung führen. Bei Sozialversicherungsleistungen, für die versicherungsäquivalente Beiträge erhoben werden (Altersrenten der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), Arbeitslosengeld), findet im Zeitverlauf letztlich keine Umverteilung zwischen Personen oder Generationen statt.

In dieser Studie untersuchen wir die Umverteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems auf die privaten Haushalte. Zunächst werden die gesamtwirtschaftlichen Dimensionen der gesamten Sozialleistungen anhand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für den Zeitraum von 2005 bis 2013 aufgezeigt.² Danach analysieren wir die Wirkungen der monetären Sozialleistungen auf die personelle Einkommensverteilung mit den im Auftrag des DIW Berlin von TNS Infratest Sozialforschung erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).³

¹ Vgl. OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries; Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2013): Besteuerung von Vermögen – eine finanzwissenschaftliche Analyse; Niehues, J. (2013): Staatliche Umverteilung in der Europäischen Union. IW-Trends 1/2013; OECD StatExtracts: Income Distribution and Poverty. 2014.

² Hier werden die Berechnungen der VGR nach dem Rechenstand vom Mai 2014 verwendet, vor der Revision der deutschen VGR auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010).

³ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird, vgl. Wagner, G. G., Göbel, J., Krause, P., Pischner, R., Sieber, I. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv Bd. 2, Heft 4, 301-328.

Staatliche Umverteilung aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive

Auf der Ausgabenseite des gesamten Staatsbudgets einschließlich der Sozialversicherung spielen die Sozialausgaben eine dominierende Rolle. Die monetären Sozialleistungen und sozialen Sachleistungen des Staates machen zuletzt 24 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, das sind 665 Milliarden Euro im Jahr 2013. Das entspricht mehr als der Hälfte der gesamten Staatsausgaben. Betrachtet man nur die monetären Sozialleistungen, so belaufen sich diese auf 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder gut ein Drittel aller Staatsausgaben.

Die Steuern und Sozialbeiträge sind für 90 Prozent der staatlichen Einnahmen in Deutschland verantwortlich (Tabelle 1). Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote ist mit 23,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (2013) im internationalen Vergleich eher niedrig.⁴ Dagegen haben die Sozialbeiträge an den Staat mit knapp 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (2013) eine große Bedeutung für die Finanzierung der sozialen Sicherung in Deutschland. Einschließlich der Sozialbeiträge an die privaten Sozialschutzsysteme machen die Sozialbeiträge sogar 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

Ferner zeigt Tabelle 1 die unmittelbare Umverteilung der monetären Einkommen durch Sozialleistungen, direkte Steuern, Sozialbeiträge sowie sonstige Transfers auf der Ebene der privaten Haushalte. Die sozialen Sachleistungen, also vor allem die öffentlichen Gesundheitsleistungen durch Staat und gesetzliche Krankenversicherung, werden im Folgenden vernachlässigt, da nur die monetäre Umverteilung und ihre Verteilungswirkungen betrachtet werden.

Die monetären Sozialleistungen umfassen in den VGR sowohl die Leistungen des Staates als auch die Sozialleistungen der Arbeitgeber und der privaten Sicherungssysteme. Insgesamt erhöhen sie die Einkommen der privaten Haushalte in einer Größenordnung von 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2013, das entspricht 490 Milliarden Euro.

Der größte Posten sind dabei die Geldleistungen der Sozialversicherung mit knapp elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Davon entfällt der Großteil auf die gesetzlichen Renten, der Rest auf die Lohnersatzleistungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung sowie auf die Leistungen der gesetzlichen Unfall- und Pflegeversicherung, die in der Position „Sonstige“ enthalten sind. Der Anteil der Geldleistungen der Sozialversicherung am Bruttoinlandsprodukt ist seit 2005 um

zwei Prozentpunkte von 12,9 Prozent auf 10,9 Prozent gesunken.

Die monetären Sozialleistungen der Gebietskörperschaften umfassen zum einen die bedürftigkeitsgeprüften Grundsicherungsleistungen einschließlich des Wohngelds und der Ausbildungsförderung. Ferner werden hier die familienbezogenen Geldleistungen wie Erziehungsgeld beziehungsweise Elterngeld sowie das Kindergeld⁵ erfasst.

Als Sozialleistungen der Arbeitgeber und der privaten Sicherungssysteme erfassen die VGR die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung, der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge (Riester-Rente), der Versorgungssysteme des öffentlichen Dienstes, der Versorgungswerke der Selbständigen sowie der privaten Kranken- und Pflegeversicherung. Diese Leistungen schlagen mit gut vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu Buche.

Der Anteil der gesamten monetären Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt war über den hier betrachteten Zeitraum von 2005 bis 2013 leicht rückläufig. Diese Entwicklung ist vor allem auf den relativen Rückgang der Rentenausgaben zurückzuführen. Auch die Leistungen bei Arbeitslosigkeit sind im Trend deutlich gesunken. Hier kommt der erhebliche Rückgang der Zahl der Arbeitslosen seit 2005 zum Tragen. Diese Entwicklungen wurden nur kurz unterbrochen von den Wirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/10 und den dadurch ausgelösten Leistungen beim Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld. Gemindert werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch die Einkommensteuer und die sonstigen direkten Steuern und Abgaben, die zuletzt (2013) 9,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachten und in den letzten Jahren gestiegen sind. Die gesamten geleisteten Sozialbeiträge (einschließlich der Arbeitgeberbeiträge, der Beiträge an private Sozialschutzsysteme und der unterstellten Sozialbeiträge für die Beamten) liegen in den letzten Jahren konstant bei einem Anteil von 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wobei hierunter die Sozialbeiträge an Arbeitgeber und an private Sicherungssysteme leicht an Bedeutung gewonnen haben.

⁵ Das Kindergeld wird in den VGR nur insoweit als Sozialleistung erfasst, wie die Geldleistung über die fiktive Entlastungswirkung des Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuerveranlagung hinausgeht. Dazu wird das gesamte Kindergeld (2013: 38,5 Milliarden Euro) in eine Familienförderungskomponente (18,0 Milliarden Euro) und in eine steuerliche Freistellungskomponente (20,5 Milliarden Euro) zerlegt, die das Einkommensteueraufkommen mindert; vgl. Räh, N. et al.: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2011 für den Zeitraum 1991 bis 2010. Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, September 2011, 862 ff.; Bundesministerium der Finanzen (2013): Datensammlung zur Steuerpolitik, Ausgabe 2013, 49.

⁴ Vergleiche OECD (2014): Revenue Statistics 1965–2013. Paris.

Tabelle 1

Einnahmen und Ausgaben des Staates sowie Primäreinkommen und verfügbares Einkommen privater Haushalte nach der VGR
 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Einnahmen und Ausgaben des Staates									
Ausgaben	46,9	45,3	43,5	44,1	48,3	47,9	45,2	44,7	44,5
Monetäre Sozialleistungen	18,5	17,7	16,5	16,3	18,0	17,2	16,3	16,1	16,1
Soziale Sachleistungen	7,5	7,4	7,3	7,5	8,3	8,1	7,9	8,0	8,2
Subventionen	1,1	1,1	1,0	1,0	1,2	1,2	1,0	0,9	0,9
Sonstige	19,7	19,1	18,6	19,2	20,8	21,3	19,9	19,6	19,3
Einnahmen	43,6	43,7	43,7	44,0	45,2	43,7	44,3	44,8	44,7
Steuern	21,9	22,6	23,5	23,7	23,5	22,4	23,1	23,6	23,6
Indirekte Steuern	10,8	10,8	11,3	11,2	11,8	11,3	11,5	11,4	11,3
Einkommensteuern, sonstige direkte Steuern	11,1	11,9	12,2	12,4	11,8	11,2	11,7	12,1	12,4
Sozialbeiträge	17,9	17,3	16,5	16,5	17,3	16,9	16,7	16,8	16,8
Sonstige	3,9	3,7	3,7	3,8	4,4	4,4	4,5	4,4	4,3
Primäreinkommen der privaten Haushalte und Umverteilung durch monetäre Sozialleistungen des Staates und privater Sicherungssysteme, Einkommen- und Vermögensteuern sowie Sozialbeiträge									
Primäreinkommen	73,7	73,4	72,0	73,3	74,7	73,1	73,4	74,1	74,1
Arbeitnehmerentgelt	51,1	50,0	48,9	49,7	51,9	50,9	50,8	51,7	51,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	22,6	23,5	23,2	23,6	22,8	22,2	22,6	22,4	22,3
Empfangene monetäre Sozialleistungen	19,8	19,0	17,7	17,6	19,9	19,1	18,1	18,0	17,9
Geldleistungen der Sozialversicherung	12,9	12,1	11,3	11,1	12,2	11,6	11,0	10,9	10,9
Renten	10,2	9,8	9,4	9,4	10,0	9,6	9,3	9,2	9,1
Arbeitslosengeld	1,3	1,0	0,7	0,6	0,8	0,7	0,6	0,5	0,6
Geldleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Sonstige	1,1	1,0	0,9	0,9	1,1	1,0	0,9	0,8	0,8
Monetäre Sozialleistungen der Gebietskörperschaften	3,3	3,3	3,0	2,9	3,3	3,2	2,9	2,8	2,8
Sozialhilfe und Kriegspferfürsorge	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Arbeitslosenhilfe/Grundsicherung Erwerbslose	1,1	1,2	1,0	0,9	1,0	0,9	0,8	0,7	0,7
Sonstige	1,3	1,2	1,1	1,1	1,4	1,3	1,3	1,2	1,2
Sozialleistungen der Arbeitgeber und aus privaten Sicherungssystemen	3,6	3,6	3,4	3,5	4,4	4,3	4,2	4,2	4,2
Betriebsrenten	1,3	1,3	1,2	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2
Pensionen	2,0	1,9	1,9	1,9	2,1	2,1	2,0	2,0	2,1
Sonstige	0,3	0,3	0,3	0,3	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	8,3	8,6	8,9	9,3	9,4	8,6	8,7	9,1	9,4
Einkommensteuer	8,0	8,2	8,6	9,0	9,1	8,3	8,4	8,8	9,1
Sonstige direkte Steuern und Abgaben	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Geleistete Sozialbeiträge	20,1	19,7	18,9	19,1	20,8	20,3	20,1	20,2	20,1
darunter: an private Sozialschutzsysteme	2,2	2,4	2,3	2,6	3,4	3,4	3,3	3,3	3,2
Saldo der sonstigen geleisteten und empfangenen Transfers	-0,1	-0,1	-0,2	-0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2
Verfügbares Einkommen	65,1	64,0	61,9	62,3	64,6	63,4	62,9	63,0	62,7
<i>Nachrichtlich:</i>									
Einnahmen der Gesetzlichen Rentenversicherung	10,7	10,2	10,1	10,1	10,6	10,3	10,1	10,0	9,8
darunter:									
Tatsächliche Sozialbeiträge	7,0	6,8	6,8	6,8	7,2	7,0	6,9	6,9	6,7
Transfers vom Staat	3,6	3,4	3,3	3,2	3,4	3,3	3,1	3,1	3,0
Einnahmen der Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung	2,4	2,3	1,8	1,6	1,5	1,8	1,5	1,5	1,3
darunter:									
Tatsächliche Sozialbeiträge	2,2	2,1	1,4	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1
Transfers vom Staat	0,2	0,2	0,4	0,5	0,5	0,7	0,5	0,4	0,2
Bruttoinlandsprodukt in Milliarden Euro	2 224	2 314	2 429	2 474	2 374	2 495	2 610	2 666	2 738

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR), Rechenstand Mai 2014.

© DIW Berlin 2015

Steuern und Sozialbeiträge machen 90 Prozent der Staatseinnahmen aus.

Einschließlich der sonstigen geleisteten und empfangenen Transfers, die neben privaten Transfers wie Schadenversicherungsleistungen und deren Prämien oder Auslandsüberweisungen auch weitere staatliche Subventio-

nen und Förderprogramme oder Geldstrafen enthalten, liegen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2013 bei knapp 63 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dieser Anteil ist, unterbrochen von der Wirt-

Kasten

Einkommenskonzepte und -komponenten

Als Einkommenskomponenten werden für die hier dargestellte Analyse der personellen Einkommensverteilung und -umverteilung unterschieden:

- Das *Markteinkommen* umfasst sämtliche Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Enthalten sind die Gewinneinkommen aus selbständiger Tätigkeit, die Kapitaleinkommen einschließlich des Mietwerts der Eigentümerwohnung und die Arbeitnehmerentgelte einschließlich des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung.¹
- Das *Bruttoeinkommen* enthält zusätzlich die staatlichen und privaten Transfers. Hierzu werden unterschieden:
 - Die *privaten Renten und privaten Transfers* umfassen die privaten Renten und Betriebsrenten sowie die Unterhaltszahlungen zwischen Privatpersonen und sonstige private Transfers.²
 - Die *monetären Sozialleistungen* des Staates werden unterschieden nach Versicherungsleistungen, Grundsicherungstransfers und sonstige Transfers.

¹ Dabei werden die Beiträge an private Sozialschutzsysteme und die unterstellten Sozialbeiträge für die Beamten vernachlässigt.
² Der Wehr- und Zivildienstsold wird hier dem Bereich private Transfers zugeordnet.

- Als *Versicherungsleistungen* erfassen wir die staatlichen und privaten Alterseinkünfte und Lohnersatzleistungen. Darunter fallen die gesetzlichen Renten, die staatlichen und privaten Pensionen, die Betriebsrenten, die privaten Renten sowie die Einkommensersatzleistungen der Sozialversicherung und privater Versicherungen, also das Arbeitslosengeld I sowie das Pflegegeld. Diesen Leistungen ist gemeinsam, dass für sie in der Vergangenheit zumeist Beiträge gezahlt wurden, wobei die Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung teilweise auch steuerfinanziert sind.
 - Als *sonstige Transfers* werden staatliche Transfers außerhalb der Sozialversicherung erfasst. Berücksichtigt sind die familienpolitischen Leistungen wie das Kindergeld und das Elterngeld sowie die Ausbildungsförderung und die Eigenheimzulage.
 - Als *Grundsicherungstransfers* erfassen wir die Grundsicherungsleistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Sozialgeld, Kinderzuschlag, Unterhaltsgeld) sowie das Wohngeld. Diese Leistungen sollen die materielle Existenzgrundlage sichern und werden nur bei Bedürftigkeit gezahlt.
- Das *Nettoeinkommen* oder verfügbare Einkommen der Haushalte ergibt sich, indem vom Bruttoeinkommen die Sozialbeiträge und die Einkommensteuer abgezogen werden.

schaftskrise 2009/10, in den letzten Jahren gesunken, da die Sozialleistungen (insbesondere Leistungen der Renten- und Arbeitslosenversicherung) zurückgegangen und die direkten Steuern gestiegen sind.

Insgesamt werden also durch die staatlichen und privaten Transfers sowie durch die direkten Steuern und die Sozialbeiträge per Saldo etwa elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf der Ebene der privaten Haushalte umverteilt. Davon entfällt der weit überwiegende Teil auf das staatliche Steuer- und Transfersystem, da die Transferbeziehungen der privaten Haushalte mit den Unternehmen (im Rahmen der privaten Sozialschutzsysteme oder der Schadensversicherungen) oder mit dem Ausland quantitativ weit weniger ins Gewicht fallen und sich dabei die empfangenen und geleisteten Transfers weitgehend die Waage halten. Die gesamte Netto-Umverteilung ist seit 2005 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gestiegen, da die monetären Sozialleistungen gesunken sind, während die Einkommensteuerbelastungen stiegen und die Sozialbeiträge konstant blieben.

Wirkungen des Steuer- und Transfersystems auf die personelle Einkommensverteilung

Im Folgenden analysieren wir die Wirkungen des Steuer- und Transfersystems auf die personelle Einkommensverteilung auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für das Einkommensjahr 2011. Es werden hier nur die monetären Transfers analysiert, nicht die sozialen Sachleistungen oder andere Leistungen des Staates.⁶ Im SOEP werden die Einkommen der privaten Haushalte detailliert nach einzelnen Komponenten erfasst. Die im Jahr 2012 im SOEP gemachten Angaben der Befragten beziehen sich auf das Vorjahreseinkommen, also auf das Jahr 2011. Die Belastungen mit Einkommensteuer und Sozialbeiträgen werden im Rahmen der Datenaufbereitung mit einem differenzierten

⁶ Eine Darstellung der Wirkungen von nicht monetären Transfers ist mit erheblichen Problemen der Quantifizierung dieser verschiedenen Transferarten und deren Zurechnung auf Personen verbunden. Zudem liegen im SOEP die entsprechenden Informationen zum Bezug dieser Transferarten nicht vollständig vor.

Tabelle 2

Einkommen privater Haushalte und Umverteilung durch das Steuer- und Transfersystem 2011

Haushaltsnetto- äquivalenz- einkommen	Markt- einkommen ¹	Private Renten und Transfers ²	Monetäre Sozialleistungen			Brutto- einkommen	Sozial- beiträge	Einkommen- steuer	Netto- einkommen
			Versicherungs- leistungen ³	Sonstige Transfers ⁴	Grundsicherungs- Transfers ⁵				
Milliarden Euro									
1. Dezil	19,9	2,7	16,7	5,5	13,0	57,0	7,5	0,1	49,4
2. Dezil	43,8	2,6	29,1	6,3	6,6	86,8	17,5	1,2	68,0
3. Dezil	63,3	2,6	35,9	5,2	4,0	110,0	25,0	3,4	81,6
4. Dezil	87,1	3,1	32,8	5,6	2,2	129,7	32,5	6,5	90,7
5. Dezil	103,5	3,3	34,0	4,9	2,1	149,2	37,3	9,7	102,2
6. Dezil	142,5	3,0	26,4	5,6	1,9	178,8	47,6	16,0	115,2
7. Dezil	170,6	4,3	27,7	5,0	0,7	207,7	54,7	21,9	131,1
8. Dezil	203,2	4,6	30,0	4,9	1,2	245,2	62,6	31,1	151,5
9. Dezil	269,4	5,2	29,9	3,9	0,5	303,9	73,4	48,1	182,5
10. Dezil	447,0	13,2	33,2	4,1	1,0	495,2	76,4	113,2	305,5
Insgesamt	1 550,3	44,6	295,9	50,9	33,4	1 963,4	434,5	251,2	1 277,8
Struktur in Prozent									
1. Dezil	1,3	6,1	5,7	10,8	39,0	2,9	1,7	0,0	3,9
2. Dezil	2,8	5,9	9,8	12,3	19,8	4,4	4,0	0,5	5,3
3. Dezil	4,1	5,8	12,1	10,2	12,1	5,6	5,8	1,3	6,4
4. Dezil	5,6	7,0	11,1	11,0	6,7	6,6	7,5	2,6	7,1
5. Dezil	6,7	7,4	11,5	9,7	6,4	7,6	8,6	3,8	8,0
6. Dezil	9,2	6,6	8,9	10,9	5,8	9,1	11,0	6,4	9,0
7. Dezil	11,0	9,6	9,4	9,7	2,2	10,6	12,6	8,7	10,3
8. Dezil	13,1	10,4	10,2	9,6	3,6	12,5	14,4	12,4	11,9
9. Dezil	17,4	11,7	10,1	7,6	1,5	15,5	16,9	19,1	14,3
10. Dezil	28,8	29,6	11,2	8,1	3,0	25,2	17,6	45,1	23,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Verteilungsmaße⁶									
Gini	0,50	0,49	0,38	0,37		0,35	0,35		0,29
GE(1) (Theil)	0,46	0,43	0,26	0,24		0,22	0,23		0,16
GE(0) (mld)	0,65	0,57	0,27	0,24		0,21	0,20		0,14

1 Lohneinkommen + Selbständigeneinkommen + Vermögenseinkommen einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnung.

2 Private Renten + Betriebsrenten + Unterhaltszahlungen und sonstige Transfers + Wehr- und Zivildienstsold.

3 Gesetzliche Renten + Pensionen + ALG I + Pflegegeld.

4 Kindergeld + Mutterschaftsgeld + Bafög/Stipendien + Eigenheimzulage.

5 ALG II + Sozialhilfe + Wohngeld + Kinderzuschlag + Unterhaltsgeld.

6 Diese basieren auf den äquivalenzgewichteten Größen. Kursive Zwischenergebnisse beziehen sich auf Einkommen einschließlich der vorangehenden Transfers beziehungsweise Steuern.

Quelle: Berechnungen auf Grundlage der Erhebungswelle 2012 des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Distribution v29.

Die Einkommenskonzentration ist bei den Markteinkommen am höchsten.

Mikrosimulationsmodell auf Grundlage der Informationen des Datensatzes geschätzt.⁷

Bei den monetären Sozialleistungen des Staates werden die wesentlichen Komponenten im SOEP erfasst (Kasten). Diese werden in Versicherungsleistungen, Grundsicherungstransfers und sonstige Transfers gegliedert, um die Umverteilungswirkungen nach den

verschiedenen sozial- und wirtschaftspolitischen Funktionen zu analysieren. Bei den Sozialbeiträgen vernachlässigen wir die Beiträge an private Sozialschutzsysteme und die unterstellten Sozialbeiträge für die Beamten.

In Tabelle 2 stellen wir die personelle Einkommensverteilung und -umverteilung von den Markteinkommen zu den Bruttoeinkommen (einschließlich Transfers) bis zu den Nettoeinkommen (abzüglich Sozialbeiträge und Einkommensteuer) nach Einkommensdezilen dar (zu den Einkommenskomponenten vgl. den Kasten). Dabei wird die Bevölkerung nach der Höhe des Haushaltsnetto-

7 Vgl. hierzu Schwarze, J. (1995): Simulation German income and social security tax payments using SOEP. Cross-National Studies in Aging Program Project Paper No. 19. Syracuse.

äquivalenzeinkommens⁸ aufsteigend sortiert und in zehn gleichgroße Gruppen (Dezile) eingeordnet. Ferner werden für die einzelnen Einkommenskomponenten Verteilungs- und Umverteilungsmaße berechnet.

Die Konzentration des Markteinkommens ist erwartungsgemäß am höchsten. In den unteren Einkommensdezilen befinden sich zumeist nicht erwerbstätige Personen, die über keine oder nur über geringe Erwerbs- oder Vermögenseinkommen verfügen. Auf das oberste Einkommensdezil entfallen dagegen 29 Prozent der gesamten Markteinkommen. Der (äquivalenzgewichtete) Gini-Koeffizient des Markteinkommens beträgt 0,50. Der Einkommensanteil der unteren beiden Dezile fällt bei den privaten Renten und Transfers höher aus als beim Markteinkommen. Dies erklärt sich dadurch, dass in den unteren Dezilen vor allem Personen im Rentenalter zu finden sind. Werden den Markteinkommen private Renten und Transfers hinzu gerechnet, so reduziert sich die gemessene Ungleichheit nur geringfügig.

Wie bereits gezeigt, haben die versicherungsbezogenen Sozialleistungen ein dominantes Gewicht im staatlichen Transfersystem. Anders als das Markteinkommen sind diese Transfers über die Dezile des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens weitgehend gleichverteilt, lediglich im untersten Dezil ist ihr Anteil unterproportional. Aufgrund des weitgehenden Äquivalenzprinzips in den Sozialversicherungen hängt die Höhe der empfangenen Leistungen maßgeblich von den geleisteten Beitragszahlungen ab, so dass bei hohen Beitragsleistungen auch höhere Renten gezahlt werden. Allerdings sind die Leistungen aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze in der Höhe begrenzt. Dadurch machen die versicherungsbezogenen Sozialleistungen in den oberen Dezilen in Relation zum Markteinkommen deutlich weniger aus als in den unteren Einkommensgruppen. Aufgrund dieser „progressiven“ Umverteilungswirkung sowie des hohen Volumens der versicherungsbezogenen Sozialleistungen reduziert sich der Gini-Koeffizient des um die Versicherungsleistungen sowie um die privaten Renten und Transfers erhöhten Markteinkommens deutlich auf 0,38.

Soweit für die Leistungen der Sozialversicherung versicherungsäquivalente Beiträge erhoben werden, findet in zeitlicher Betrachtung letztlich keine Umverteilung

zwischen Personen oder Generationen statt. Allerdings werden die Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung in nennenswertem Umfang auch aus Bundeszuschüssen finanziert. Bei der Rentenversicherung machten die Bundeszuschüsse in den letzten Jahren knapp ein Drittel der Einnahmen aus, bei der Arbeitslosenversicherung zuletzt gut ein Zehntel (Tabelle 1). Insoweit ist ein entsprechender Anteil der Leistungen steuerfinanziert und muss deshalb dem Kernbereich des Steuer- und Transfersystems zugerechnet werden.⁹

Die sonstigen Transfers sind vom Umfang her deutlich geringer. Da sie nicht bedürftigkeitsgeprüft sind, lösen sie keine starke Umverteilungswirkung aus. Sie sind ebenfalls über die Dezile weitgehend gleichverteilt, mit etwas höheren Anteilen in den unteren Einkommensgruppen und niedrigeren Anteilen in den höheren Einkommensbereichen. Dies beruht vor allem auf dem hohen Gewicht der familienbezogenen Leistungen bei diesen Transfers, insbesondere dem Kindergeld. Eine hohe Umverteilungswirkung von oben nach unten haben dagegen die Grundsicherungsleistungen, die nur bei Bedürftigkeit gewährt werden. Diese fallen vor allem im untersten Einkommensdezil an und haben oberhalb des Medianeinkommens keine nennenswerte Bedeutung.¹⁰

Durch diese Transfers fällt die Verteilung des Bruttoeinkommens deutlich gleichmäßiger aus als die Verteilung des Markteinkommens. Der Gini-Koeffizient reduziert sich auf 0,35. In der unteren Hälfte der Einkommensverteilung werden die Markteinkommen durch die Transfers kräftig aufgestockt. Dieser Effekt reduziert sich mit zunehmendem Einkommen. Ab dem mittleren Einkommen liegen die Einkommensanteile beim Bruttoeinkommen niedriger als beim Markteinkommen.

Sozialbeiträge und Einkommensteuer reduzieren die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Während die Sozialbeiträge keine nennenswerte Umverteilung bewirken, da diese ab der Beitragsbemessungsgrenze regressiv wirken, ist vor allem die Einkommensteuer stark progressiv. Dies bedeutet, dass die höheren Einkommen deutlich stärker mit Einkommensteuer belastet werden. Das oberste Dezil hat einen Anteil von 45 Prozent am gesamten Aufkommen der Einkommen-

⁸ Dazu werden für die Privathaushalte sämtliche Erwerbs- und Vermögenseinkommen einschließlich des Mietwerts der Eigentümerwohnung sowie sämtliche staatlichen und privaten Transferzahlungen des Haushalts zusammengefasst und um die Einkommensteuer und die Sozialbeiträge vermindert. Anschließend wird für jedes Haushaltmitglied ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen nach der international üblichen Bedarfsskala (modifizierte OECD-Skala) ermittelt. Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von 1, weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder bis zu 14 Jahren ein Gewicht von 0,3.

⁹ Vgl. dazu die grundlegende Analyse von Stolz, I. (1983): Einkommensumverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine theoretische und empirische Untersuchung.

¹⁰ Bei den Anteilen in den obersten Dezilen handelt es sich entweder um Messfehler oder um Personen, die nur monatsanteilig Leistungen im Vorjahr bezogen haben. Zudem ist zu unterscheiden zwischen Bedarfsgemeinschaften, die Anspruch auf Grundsicherungsleistungen haben, und Haushalten. Denn innerhalb eines Haushalts kann es unterschiedliche Bedarfsgemeinschaften geben. Als Beispiel sei hier eine ältere Person in einem Haushalt mit Anspruch auf Grundsicherung im Alter genannt, die mit ihren erwachsenen Kindern zusammenlebt.

Tabelle 3

Versicherungsleistungen der Gesetzlichen Sozialversicherungen und Beamtenversorgung 2011

Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen	Gesetzliche Rente ¹		Beamtenpensionen (eigene Pension)	ALG I	Pflegegeld	Übrige ²
	eigene Rente	Hinterbliebenenrente				
Milliarden Euro						
1. Dezil	13,29	2,39	2,45	0,64	0,10	0,30
2. Dezil	23,28	4,18		0,67	0,36	0,52
3. Dezil	28,64	4,97		0,98	0,70	0,28
4. Dezil	25,58	3,84		1,23	0,40	0,75
5. Dezil	27,52	3,38		0,75	0,67	0,80
6. Dezil	19,63	2,26	2,05	0,54	1,26	0,69
7. Dezil	17,82	2,88	4,75	0,66	0,29	1,33
8. Dezil	17,41	1,72	8,63	0,89	0,56	0,84
9. Dezil	14,21	1,52	11,75	0,50	0,65	1,28
10. Dezil	14,98	0,82	14,98	0,75	0,50	1,13
Insgesamt	202,36	27,97	44,61	7,59	5,49	7,91
Struktur in Prozent						
1. Dezil	6,6	8,6	5,5	8,4	1,9	3,7
2. Dezil	11,5	14,9		8,8	6,6	6,5
3. Dezil	14,2	17,8		12,8	12,7	3,6
4. Dezil	12,6	13,7		16,1	7,2	9,4
5. Dezil	13,6	12,1		9,8	12,1	10,1
6. Dezil	9,7	8,1	4,6	7,2	23,0	8,7
7. Dezil	8,8	10,3	10,7	8,6	5,3	16,8
8. Dezil	8,6	6,1	19,3	11,7	10,2	10,6
9. Dezil	7,0	5,4	26,3	6,6	11,9	16,2
10. Dezil	7,4	2,9	33,6	9,9	9,2	14,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Einschließlich Knappschaft und Altershilfe der Landwirte.

² Gesetzliche Unfallversicherung (einschließlich Hinterbliebenenversorgung) + Unterhaltsgeld + Beamtenpensionen für Hinterbliebene.

Quelle: Berechnungen auf Grundlage der Erhebungswelle 2012 des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Distribution v29.

© DIW Berlin 2015

Die Gesetzlichen Renten liegen vorwiegend im mittleren und unteren Bereich der Verteilung, Beamtenpensionen im oberen.

steuer. Insgesamt reduziert sich der Gini-Koeffizient beim Nettoeinkommen auf 0,29.

Die Umverteilungswirkungen des Steuer- und Transfersystems führen zu einer deutlich gleichmäßigeren Verteilung der Nettoeinkommen im Vergleich zu den Markteinkommen. Während der Einkommensanteil der unteren Einkommensgruppen bis zum 6. Dezil steigt, sinkt er bei den oberen Dezilen zunehmend. Mit anderen Worten: Die unteren 60 Prozent der Einkommensverteilung bekommen per Saldo Geld vom Staat, die oberen 40 Prozent zahlen per Saldo an den Staat. Nicht berücksichtigt sind hierbei die nicht-monetären Transfers des Staates, deren Verteilungswirkung dürfte sich aber vermutlich nicht grundlegend von den hier beobachteten Wirkungen unterscheiden.¹¹

¹¹ Anders verhält es sich mit staatlichen Unterstützungen zum Beispiel für kulturelle Einrichtungen, von denen überdurchschnittlich obere Einkommensbezieher profitieren. Eine umfassende Quantifizierung der verschiedenen Transfers des Staates wurde letztmalig unter der Leitung von DIW-Präsident Hans-Jürgen Krupp durch die sogenannte Transfer-Enquête-Kommission (1981) vorgenommen.

Unsere Komponentenzerlegung zeigt aber auch, dass die Umverteilungswirkung des deutschen Steuer- und Transfersystems deutlich geringer ausfällt, wenn nur die Grundsicherungsleistungen, die Sozialbeiträge und die Einkommensteuern einbezogen werden. Denn vor allem die Versicherungsleistungen der gesetzlichen Sozialversicherung bilden einen wesentlichen Beitrag zur Umverteilung der Markteinkommen. Der Gini-Koeffizient des um Versicherungsleistungen entsprechend erweiterten Markteinkommens beträgt nur noch 0,38 anstatt 0,50 für das reine Markteinkommen. Die gesamte Umverteilung bis zum Nettoeinkommen mit einem Gini-Koeffizienten von 0,29 reduziert sich dadurch um 0,12 Punkte des Gini-Koeffizienten, das entspricht 58 Prozent bezogen auf die gesamte Umverteilung von 0,21 Punkten des Gini-Koeffizienten vom Markteinkommen bis zum Nettoeinkommen. Die verbleibende Umverteilung von 0,09 Punkten des Gini-Koeffizienten oder 42 Prozent des gesamten Umverteilungsvolumens wird vor allem durch die bedürftigkeitsgeprüften Grundsicherungstransfers und die progressive Einkommensteuer bewirkt. Die sonstigen Transfers sowie die Sozialbeiträge ändern dagegen nur wenig an der relativen Einkommensverteilung.

Tabelle 4

Sonstige Transfers 2011

Haushaltsnetto- äquivalenzeinkommen	Kindergeld	Elterngeld	Bafög/ Stipendien	Eigenheim- zulage	Übrige ¹
Milliarden Euro					
1. Dezil	4,15	0,31	0,88	0,07	0,10
2. Dezil	4,80	0,32	0,92	0,01	0,22
3. Dezil	4,02	0,35	0,66	0,13	0,04
4. Dezil	4,15	0,68	0,43	0,12	0,24
5. Dezil	3,77	0,50	0,16	0,24	0,24
6. Dezil	3,94	0,82	0,45	0,32	0,03
7. Dezil	3,48	0,62	0,51	0,22	0,12
8. Dezil	3,41	0,58	0,37	0,45	0,08
9. Dezil	3,02	0,30	0,18	0,36	0,04
10. Dezil	3,12	0,57	0,06	0,34	0,03
Insgesamt	37,86	5,05	4,60	2,26	1,13
Struktur in Prozent					
1. Dezil	11,0	6,1	19,0	3,2	8,4
2. Dezil	12,7	6,2	19,9	0,5	19,2
3. Dezil	10,6	7,0	14,3	5,9	3,9
4. Dezil	11,0	13,4	9,4	5,1	21,2
5. Dezil	10,0	10,0	3,5	10,6	21,2
6. Dezil	10,4	16,2	9,8	14,1	2,6
7. Dezil	9,2	12,2	11,0	9,8	10,8
8. Dezil	9,0	11,6	8,0	19,8	6,7
9. Dezil	8,0	5,9	3,9	15,8	3,6
10. Dezil	8,2	11,4	1,2	15,3	2,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Unterhaltsvorschuss + Kriegsopferrenten (einschließlich Hinterbliebene).

Quelle: Berechnungen auf Grundlage der Erhebungswelle 2012 des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Distribution v29.

© DIW Berlin 2015

Vom Elterngeld profitiert vorwiegend die Mittelschicht.

Beamtenpensionen liegen vorrangig im obersten Drittel der Verteilung

Mit Blick auf die Struktur der Versicherungsleistungen ist erkennbar, dass die Gesetzlichen Renten der Mitte beziehungsweise der unteren Hälfte der Einkommensverteilung zugute kommen, da ältere Menschen vorrangig in diesen Bereichen der Einkommenshierarchie angesiedelt sind (Tabelle 3). Im Gegensatz dazu finden sich die Beamtenpensionen vor allem im oberen Drittel der Einkommensverteilung. Dies erklärt sich daraus, dass die durchschnittlichen Beamtenpensionen im Vergleich zu den GRV-Renten markant höher ausfallen. Die weiteren Versicherungsleistungen wie das Arbeitslosengeld I, das Pflegegeld oder Sonstige weitere Transfers verteilen sich deutlich gleichmäßiger über die gesamte Bevölkerung.

Das Kindergeld wird breit über alle Einkommensgruppen gestreut

Bei den sonstigen staatlichen Leistungen (Tabelle 4) fällt das Kindergeld auf. Es wird unabhängig von der finan-

ziellen Leistungsfähigkeit des elterlichen Haushalts gewährt und verteilt sich entsprechend gleichmäßig über alle Einkommensgruppen.¹² Die Höhe des Elterngelds ist hingegen abhängig von dem vor der Geburt eines Kindes erzielten Erwerbseinkommens;¹³ dementsprechend profitiert die Mittelschicht überdurchschnittlich von dieser Leistung. Bafög und Stipendien kommen demgegenüber vor allem der unteren Hälfte der Einkommensverteilung zu Gute. Dies ergibt sich beim Bafög durch die Bedarfsprüfung. Die im Jahre 2006 abgeschaffte Eigenheimzulage, die aber noch bis zu acht Jahre von den berechtigten Haushalten bezogen wird, ist vor allem in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung zu finden. Eine Bedürftigkeitsprüfung wurde für diesen Transfer nur eingeschränkt vorgenommen, da Verheiratete mit positiven Einkünften von bis zu 140 000 Euro (zuzüglich 30 000 Euro je Kind) die Eigenheimzulage erhalten konnten.

Grundsicherungsleistungen nur an Bedürftige

Grundsicherungsleistungen können nur bezogen werden, wenn vorher eine entsprechende Prüfung der finanziellen Lage der Personen beziehungsweise Haushalte (Bedarfsgemeinschaften) vorgenommen wurde und sie über so geringe Mittel verfügen, dass sie staatliche Unterstützung beantragen können. So entfallen mehr als 40 Prozent des Wohngelds beziehungsweise des Arbeitslosengeld II auf das erste Einkommensdezil (Tabelle 5). Zieht man die ersten drei Dezile heran, so entfallen knapp 80 Prozent dieser Transfers auf diese Bevölkerungsgruppe. Bei der Sozialhilfe und der Grundsicherung im Alter entfällt zwar auch der größte Anteil auf die untere Hälfte der Einkommensverteilung, jedoch finden sich auch noch in der oberen Hälfte einige Transferbezieher. Dies dürfte vermutlich darauf zurückzuführen sein, dass innerhalb von Haushalten verschiedene Bedarfsgemeinschaften leben können, die nicht direkt füreinander unterhaltspflichtig sind, wie zum Beispiel erwachsene Kinder, die im gleichen Haushalt mit bedarfsberechtigten Eltern leben.

Fazit

Die monetären Sozialleistungen und sozialen Sachleistungen des Staates machen zuletzt (2013) 24 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, das sind 665 Milliarden Euro. Im Vergleich zu 2005 hat sich dieser Anteil um zwei Prozentpunkte reduziert. Die gesamte Einkommensumverteilung ist seit 2005 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gestiegen, da die monetären Sozial-

¹² In den ersten vier Dezilen ist der Anteil leicht erhöht, da in diesen Dezilen viele Familienhaushalte zu finden sind.

¹³ Erst ab einem zu versteuernden Einkommen der Eltern von 500 000 Euro entfällt der Anspruch auf Elterngeld.

leistungen gesunken sind, während die Einkommensteuerbelastungen stiegen und die Sozialbeiträge in Relation zum Bruttoinlandsprodukt konstant blieben.

Insgesamt führen die monetären Umverteilungswirkungen des Steuer- und Transfersystems zu einer deutlich gleichmäßigeren Verteilung der Nettoeinkommen im Vergleich zu den Markteinkommen. So sinkt der (äquivalenzgewichtete) Gini-Koeffizient von 0,5 beim Markteinkommen auf 0,29 beim verfügbaren Haushaltseinkommen im Jahr 2011. Einen erheblichen Anteil an der gesamtstaatlichen Umverteilung hat das Sozialversicherungssystem, da mehr als die Hälfte der Ungleichheitsreduktion auf die Leistungen der Sozialversicherung zurückzuführen sind. Soweit für diese Leistungen versicherungsäquivalente Beiträge erhoben werden, findet in zeitlicher Betrachtung letztlich keine Umverteilung zwischen Personen oder Generationen statt. Dies gilt nicht für die „versicherungsfremden Leistungen“, also Leistungen der Sozialversicherung, für die keine angemessenen Beiträge erhoben wurden. Diese werden zum überwiegenden Teil durch Bundeszuschüsse finanziert, die aus dem allgemeinen Steueraufkommen bestritten werden. Die Umverteilungswirkung des deutschen Steuer- und Transfersystems fällt insgesamt deutlich geringer aus, wenn nur die Grundsicherungsleistungen, die Sozialbeiträge und die Einkommensteuern einbezogen werden.

In dem hier analysierten Nettoeinkommen sind die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen in Form von nicht-monetären Transfers als auch indirekten Steuern nicht berücksichtigt. Da letztere eine regressive Belastungswirkung auf die laufenden Einkommen haben, also die unteren Einkommensgruppen relativ stärker belasten als die oberen,¹⁴ wird die Umverteilungswirkung des Steuer- und Transfersystems wieder leicht reduziert.

Neben dem gesamten Umverteilungseffekt stellt sich auch die Frage der Zielgenauigkeit staatlicher Transfers. Sollen diese nur den finanziell Bedürftigen zugute kommen, so dürften nur die untersten Dezile diese

¹⁴ Beimann, B., Kambeck, R., Kasten, T., Siemers, L.-H. (2011): Wer trägt den Staat? Eine Analyse von Steuer- und Abgabenlasten. RWI Position #43 vom 1. April 2011; OECD (2014): The distributional effects of consumption taxes in OECD countries. OECD Tax Policy Studies, No. 22.

Stefan Bach ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin | sbach@diw.de

Markus Grabka ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sozio-oekonomischen Panel am DIW Berlin | mgrabka@diw.de

Tabelle 5

Grundsicherungstransfers 2011

Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen	Wohngeld und Lastenzuschuss	Sozialhilfe	Grundsicherung im Alter	ALG II + Kinderzuschlag
Milliarden Euro				
1. Dezil	0,85	0,39	0,96	10,80
2. Dezil	0,53	0,23	0,41	5,42
3. Dezil	0,21	0,43	0,36	3,02
4. Dezil	0,14	0,18	0,52	1,41
5. Dezil	0,17	} 0,99	0,52	1,08
6. Dezil	} 0,13		0,55	1,06
7. Dezil			0,14	0,44
8. Dezil			0,48	0,54
9. Dezil		} 0,90	} 0,51	
10. Dezil				
Insgesamt	2,02	2,22	4,83	24,29
Struktur in Prozent				
1. Dezil	41,9	17,8	19,8	44,5
2. Dezil	26,1	10,5	8,4	22,3
3. Dezil	10,5	19,2	7,5	12,4
4. Dezil	6,7	7,9	10,8	5,8
5. Dezil	8,3	} 44,6	10,7	4,4
6. Dezil	} 6,6		11,5	4,4
7. Dezil			2,9	1,8
8. Dezil			9,9	2,2
9. Dezil		} 18,6	} 2,1	
10. Dezil				
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen auf Grundlage der Erhebungswelle 2012 des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Distribution v29.

© DIW Berlin 2015

Die Grundsicherung beziehen vor allem die unteren Einkommensdezile.

Transfers beziehen. Das Kindergeld wird hingegen breit über die gesamte Bevölkerung verteilt. Von der (ausgefahrenen) Eigenheimzulage profitierten vor allem die oberen Einkommensgruppen.

Neben dem Aspekt der Zielgenauigkeit sollte das Augenmerk aber auch auf Aspekte sozialer Mobilität und der Chancengerechtigkeit gelenkt werden, da mit rein monetären Mitteln diese Ziele nicht unbedingt erreicht werden können. So spielen Kinderbetreuung und Bildungssystem eine große Rolle für die langfristige Erhöhung der Chancengleichheit, Förderung von Aufstiegs-mobilität und die Reduktion von Ungleichheit.

Erik Tomasch ist Studentischer Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin | etomasch@diw.de

TAX AND TRANSFER SYSTEM: CONSIDERABLE REDISTRIBUTION MAINLY VIA SOCIAL INSURANCE

Abstract: Overall monetary redistribution via the tax and transfer system leads to net incomes being much more evenly distributed in Germany than market income. As a result, in 2011, the Gini coefficient decreased from 0.5 for market income to 0.29 for household disposable income. The social security system has a significant share in total income redistribution by the government, making up more than half of the inequality reduction. As far as there are equivalent insurance contributions for social security benefits, there is, however, no redistribution between individuals or generations over time.

JEL: H24, H55, D31

Keywords: Redistribution of taxes and transfers, income distribution, SOEP.

This shows that, in terms of how well public transfers are targeted, the most financially needy households are benefiting most from basic social security payments. Other public benefits such as child benefit, however, are granted to all income groups. It was primarily the upper income brackets that benefitted from the now expired grant scheme for first-home buyers (*Eigenheimzulage*).



Dr. Stefan Bach, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin

SECHS FRAGEN AN STEFAN BACH

»Staatliche Umverteilung reduziert Ungleichheit der Haushaltseinkommen«

1. Herr Bach, Sie haben die Wirkungen des Steuer- und Transfersystems auf die Einkommensverteilung in Deutschland analysiert. Wie sind die Einkommen in Deutschland verteilt? Die Markteinkommen, also die Erwerbs- und Kapitaleinkommen, sind sehr ungleich verteilt. Die Bruttoeinkommen, also Markteinkommen plus Transferleistungen wie zum Beispiel die Rente, sind immer noch relativ ungleich verteilt. Davon müssen noch Sozialbeiträge und Einkommensteuer bezahlt werden. Da vor allem die Einkommensteuer stark progressiv wirkt und überdurchschnittlich von wohlhabenderen Bürgern gezahlt wird, sind die Nettoeinkommen deutlich gleichmäßiger verteilt. Per saldo führt das dazu, dass die unteren 60 Prozent der Bevölkerung etwas vom Staat bekommen, während die reicheren 40 Prozent an den Staat bezahlen.
2. Wie groß ist die Umverteilungswirkung der staatlichen Steuer- und Transferleistungen auf die privaten Haushalte? Gemessen am Gini-Koeffizienten als Maß für Ungleichheit haben wir eine beträchtliche Umverteilung in Deutschland. Auf der Ebene des Markteinkommens messen wir noch einen relativ hohen Ungleichheitswert von 0,5, der auf Ebene des verfügbaren Haushaltseinkommens auf 0,29 zurückgeht. Man sieht aber auch, dass ein erheblicher Teil dieser Umverteilung auf das staatliche Rentenversicherungssystem zurückzuführen ist. Bei der Rentenversicherung zahlt man im Laufe des Erwerbslebens Beiträge ein, die man im Alter als Rentenversicherungsleistungen zurückbekommt. Das ist insofern eine Versicherung, bei der über die Lebensspanne gerechnet keine große Umverteilung stattfindet. Wenn man diese Dimension aus der gesamtstaatlichen Umverteilungswirkung herausrechnet, reduziert sich die gesamte staatliche Umverteilung auf etwa die Hälfte.
3. Welche Leistungen des Staates haben im staatlichen Transfersystem das größte Gewicht? Die Gesetzliche Rentenversicherung hat von der gesamtwirtschaftlichen

Dimension her den größten Anteil an den staatlichen Sozialleistungen. Im Hinblick auf die Umverteilung wirkt sie jedoch längerfristig nicht stark umverteilend, soweit die Bürger in der Vergangenheit für diese Leistungen Beiträge gezahlt haben. Ein Teil der Rentenversicherung entfällt jedoch auf die sogenannten versicherungsfremden Leistungen, für die keine Beiträge gezahlt werden mussten und die damit Teil des staatlichen Umverteilungssystems sind. Eine große Umverteilungswirkung hat darüber hinaus die staatliche Grundsicherung, also Hartz IV und die Grundsicherung im Alter, denn die wird komplett aus Steuermitteln bestritten.

4. Wie viel Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden jährlich für staatliche Transferleistungen ausgegeben? Staatliche Transferleistungen sind der größte Budgetposten im gesamten Staatshaushalt. Dafür werden jedes Jahr 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben. Hinzu kommen noch Sachleistungen des Staates im Rahmen der Sozialversicherung, wie etwa die Gesundheitsfürsorge. Also man sieht schon, dass der Sozialstaat eine große Dimension in der gesamten Volkswirtschaft hat.
5. Wie hat sich die Höhe der Sozialleistungen in den letzten Jahren entwickelt? In Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist die Sozialleistungsquote relativ konstant. Das liegt an dem großen Gewicht der Rentenversicherung. Es gibt dabei im Konjunkturverlauf natürlich gewisse Schwankungen. Da wir in Deutschland aber die letzte scharfe Konjunkturkrise nach der Finanzkrise relativ schnell überwunden haben, hat das kaum Spuren in den Sozialleistungen hinterlassen.
6. Wie zielgenau sind die staatlichen Transfers? Kommen sie wirklich denen zugute, die sie brauchen? Die Grundsicherungsleistungen, also Hartz IV und Grundsicherung im Alter, sind natürlich schon sehr zielgenau auf die Armen zugeschnitten. Hier gibt es eine Bedürftigkeitsprüfung. Daneben haben wir aber auch Transfers wie etwa das Kinder- oder das Betreuungsgeld. Ob hiermit tatsächlich immer die Ziele der staatlichen Familienpolitik erreicht werden, ist umstritten.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Private Bildungsausgaben für Kinder: Einkommensschwache Familien sind relativ stärker belastet

Von Carsten Schröder, C. Katharina Spieß und Johanna Storck

Bildung ist nicht ausschließlich steuerfinanziert – für viele Angebote sind mindestens Zuzahlungen aus eigener Tasche nötig, so auch bei Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder. Die privaten Ausgaben von Haushalten für Bildungsangebote hängen maßgeblich von den Ressourcen des jeweiligen Familienhaushalts ab. Wie dieser Zusammenhang im Detail aussieht, ist bislang allerdings wenig erforscht. Die vorliegende Studie des DIW Berlin, die auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und der Zusatzstichprobe Familien in Deutschland (FiD) für das Jahr 2012 basiert, analysiert die privaten Ausgaben für unterschiedliche Bildungsangebote wie Kindertageseinrichtungen, Privatschulen oder für non-formale Angebote, also Sportvereine oder Musikschulen. Die Ergebnisse zeigen, dass Familien, die tatsächlich Ausgaben für die Bildung ihrer Kinder tätigen, einen höheren Anteil ihres Haushaltseinkommens aufwenden, wenn sie sich im unteren Einkommensbereich befinden – dies gilt sowohl für die Gesamtausgaben als auch für die Ausgaben für einzelne Bildungsangebote. Betrachtet man hingegen alle Familienhaushalte in Deutschland, geben Familien mit höherem Einkommen absolut und auch relativ mehr für Bildung aus. Zudem gilt: Je jünger die Kinder, desto höher der Ausgabenanteil am Einkommen für Bildung. Sofern diese ungleiche Ausgabenbelastung abgemildert werden soll, um Bildungsungleichheiten zu reduzieren und Bildungspotentiale besser auszuschöpfen, ließe sich dies über progressivere Gebührenstaffelungen erreichen.

In Deutschland wurden im Jahr 2011 insgesamt 176 Milliarden Euro für Bildung ausgegeben.¹ Auf die öffentliche Hand – also Bund, Länder und Gemeinden – entfielen etwa 80 Prozent dieser Ausgaben, auf private Akteure – also Privathaushalte, Unternehmen und private Organisationen ohne Erwerbszweck – die übrigen 20 Prozent. Diese privaten Akteure haben einen besonders hohen Finanzierungsanteil im Bereich der frühkindlichen Bildung (rund 21 Prozent), also bei Angeboten für noch nicht schulpflichtige Kinder, und im Bereich beruflicher Bildungsgänge (rund 41 Prozent). Im allgemeinbildenden Bildungsbereich, also bei der schulischen Ausbildung, und im Tertiärbereich, also vor allem bei Hochschulen, sind die privat finanzierten Anteile hingegen deutlich geringer.²

Die amtliche Statistik weist die Bildungsausgaben privater Akteure nicht sehr differenziert aus. So ist beispielsweise wenig darüber bekannt, welche Ausgabenarten private Haushalte im Detail tätigen und wie diese von unterschiedlichen Haushaltsmerkmalen abhängen. Die vorliegende Studie untersucht daher, wie dies im Fall privater Haushalte mit Kindern aussieht.

Bildungsausgaben von Familien sind wichtig

Die Bildungsausgaben privater Haushalte mit Kindern sind aus mehreren Gründen von besonderem Interesse: Aus bildungsökonomischer Perspektive, weil sie neben der aufgewendeten Zeit – die ebenfalls einen Einfluss auf die individuellen Lebensverläufe der Kinder haben kann – eine zentrale Ressource sind, die Eltern in die Bildung ihrer Kinder investieren. Aus familienökonomischer Perspektive sind Bildungsausgaben von Interesse, weil sie einen Teil der Kosten für Kinder darstellen, die Familien über das Haushaltseinkommen finan-

¹ Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2014): Bildung und Forschung in Zahlen. Berlin.

² Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2014): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2011/12, Wiesbaden.

zieren und die mit alternativen Konsumangeboten in Konkurrenz stehen.³

Aufgrund finanzieller Restriktionen und unterschiedlicher Präferenzen nehmen nicht alle Familien in gleichem Umfang private Bildungsangebote wahr. Auch regionale Unterschiede, die den Zugang zu Bildungsangeboten, deren Verfügbarkeit und die öffentliche Förderung der Angebote betreffen, beeinflussen das Nutzungsverhalten und die Ausgabenhöhe. Dazu gehören auch regionale Differenzen bei der Einkommensstaffelung von Gebühren oder bei der vollständigen Gebührenbefreiung für bestimmte Altersgruppen.

Die vorliegende Studie des DIW Berlin untersucht private Bildungsausgaben aus verteilungspolitischer Perspektive. Im Fokus steht insbesondere die Frage, wie sich die Höhe der Bildungsausgaben und deren Anteil am Einkommen (relative Bildungsausgaben) sowie der Anteil der Familien, die kostenpflichtige Bildungsangebote nutzen, zwischen den Einkommensgruppen unterscheiden. Aufgrund unterschiedlicher finanzieller Ressourcen ist davon auszugehen, dass bestimmte Gruppen kostenpflichtige Angebote weniger häufig nutzen können oder aufgrund einkommensabhängiger Gebühren die Ausgaben bei gleichem Nutzungsverhalten unterschiedlich hoch sind.

Zur Verteilung der Bildungsausgaben in Abhängigkeit vom Familieneinkommen liegen bisher kaum einschlägige Untersuchungen vor. Eine der wenigen Ausnahmen sind die Analysen des Statistischen Bundesamtes auf Basis der im Fünfjahresrhythmus erhobenen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Auf dieser Basis werden in größeren zeitlichen Abständen die Konsumausgaben von Familien für Kinder analysiert und dabei auch die durchschnittlichen Ausgaben dieser Familien für private Bildungsangebote betrachtet.⁴

Allerdings erfasst die amtliche Statistik im offiziellen Bildungsbudget vorrangig private Ausgaben für formale Bildungsangebote, beispielsweise im Elementarbereich die Ausgaben für Kindergärten und Vorschulklassen. Non-formale Bildungsangebote (musische, sportliche oder andere künstlerische Aktivitäten) sowie informelle Bildungs- und Betreuungsangebote (darunter Kindertagespflegepersonen, meist Tagesmütter) bleiben unberücksichtigt. Dies mag darauf zurückgehen, dass bei diesen Angeboten der Bildungscharakter nicht immer

eindeutig nachzuweisen ist. Bei einem breiteren Verständnis von Bildungsprozessen sind aber auch informelle und non-formale Bildungsangebote bedeutend.⁵ Vor diesem Hintergrund liegt diesem Bericht ein breites Ausgabenaggregat zugrunde, das formale, non-formale und informelle Bildungsangebote umfasst – und geht damit über die Ausgabenerfassung des Bildungsbudgets im Bildungsfinanzbericht⁶ oder ähnlichen Berichten hinaus.

Kategorisierung von Bildungsausgaben

Für die Analyse der privaten monatlichen Bildungsausgaben von Familien werden zwei Datensätze kombiniert, die Familien in Deutschland repräsentativ abbilden: das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)⁷ und „Familien in Deutschland (FiD)“⁸. In beiden Datensätzen – die für die vorliegende Studie jeweils aus dem Jahr 2012 stammen – werden für alle Kinder die Ausgaben für Bildungsangebote auf Haushaltsebene erfasst (Kasten 1). Die Studie bezieht alle Familienhaushalte – alleinerziehende Mütter oder Väter und Paarhaushalte – ein, in denen mindestens ein Kind unter 16 Jahren lebt. Die Bildungsausgaben dieser Haushalte werden in sechs Kategorien unterteilt:

- 1) Ausgaben für die Nutzung formaler Bildungs- und Betreuungsangebote für nicht schulpflichtige Kinder. Dies umfasst vor allem die Kosten für den Besuch einer Kindertageseinrichtung.
- 2) Ausgaben für den Besuch kostenpflichtiger Schulen, wobei dies im Wesentlichen die Ausgaben für den Besuch von Privatschulen sind.⁹
- 3) Ausgaben für die Nutzung informeller Bildungsangebote (etwa für die Nutzung einer Kindertagespflege).
- 4) Ausgaben für die Nutzung non-formaler Bildungsangebote, wie musische oder sportliche Angebote.¹⁰
- 5) Ausgaben für Nachhilfeunterricht.
- 6) Bildungsausgaben insgesamt; eine Kategorie, die aus der Summe der ersten vier Ausgabenkategorien besteht.¹¹

⁵ Vgl. dazu auch Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): Bildung in Deutschland 2014. Bielefeld.

⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2014): Bildungsfinanzbericht 2014. Wiesbaden.

⁷ Vgl. Wagner, G. G., Frick, J. R., Schupp, J. (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements. In: Schmollers Jahrbuch, 127, 139–169.

⁸ Vgl. Schröder, M., Siegers, R., Spieß, C. K. (2013): Familien in Deutschland – FiD. In: Schmollers Jahrbuch, 133, 595–606.

⁹ Im Jahr 2009 betrug der Anteil an Schülern, die eine Privatschule besuchten etwa neun Prozent, Statistisches Bundesamt (2014): Bildung und Kultur: Private Schulen. Fachserie 11 Reihe 1.1, Wiesbaden. Dies entspricht auch dem Anteil von Privatschülern in unseren Daten. Neben den Kosten für Privatschulen ist zu vermuten, dass einige Eltern hier auch die Kosten für das Mittagessen in öffentlichen Schule als Ausgaben für den Schulbesuch mit angeben. Dies kann auf der Basis von tiefergehenden Analysen gefolgert werden.

¹⁰ Insbesondere hier sei auf weitere Erläuterungen in Kasten 1 verwiesen.

¹¹ Aus Gründen, die in der Erfragung der Ausgaben liegen, umfassen die gesamten Ausgaben nicht die Ausgaben für Nachhilfeunterricht.

³ Andere Analysen in diesem Bereich untersuchen den zeitlichen Verlauf der Investitionen in Kinder. Für eine aktuelle Analyse zu diesem Thema vgl. zum Beispiel Kornrich, S., Fürstenberg, F. (2013): Investing in Children: Changes in Parental Spending on Children. Demography 50, 1–23.

⁴ Vgl. zum Beispiel Statistisches Bundesamt (2014): Konsumausgaben von Familien für Kinder. Wiesbaden.

Kasten 1

Erfassung privater Ausgaben für die Nutzung von Bildungsangeboten in SOEP und FiD

In der repräsentativen Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) und in der Zusatzstichprobe Familien in Deutschland (FiD) werden die Kosten für die Nutzung von Bildungsangeboten auf Haushaltsebene nur unregelmäßig erfasst.¹ Für die Analysen in der vorliegenden Studie wurden aktuelle SOEP- beziehungsweise FiD-Daten kombiniert. Diese enthalten detaillierte Angaben zu Bildungsausgaben aus dem Jahr 2012. Das SOEP hat erfasst, welche Kosten Haushalten für die Bereiche Schule und Betreuung sowie für die Nutzung unterschiedlicher außerschulischer Aktivitäten der Kinder entstanden sind. Dabei wurde im SOEP für jeden Haushalt jeweils die Summe aller Kosten erfasst. Die Zusatzstichprobe FiD weist sie jedoch differenzierter aus: Hier lassen sich erstens Kosten unterscheiden, die Haushalte dafür entrichten, dass ihr

Kind eine Kinderkrippe, einen Kindergarten, eine Kindertageseinrichtung oder einen Hort besucht. Zweitens lassen sich die Kosten für den Fall feststellen, dass ein Kind von einer anderen Person im Haushalt, beispielsweise einer Tagespflegeperson, betreut wird. Drittens wird erfasst, ob ein Schulbesuch kostenpflichtig ist und welche Kosten dafür monatlich anfallen. Und viertens werden die Kosten für außerschulische Aktivitäten der Kinder ermittelt, wobei im Vergleich zum SOEP identische Aktivitäten abgefragt werden. Diese umfassen für nicht schulpflichtige Kinder beispielsweise die Kosten für Kinderturnen, frühkindliche Musikerziehung oder Eltern-Kind-Gruppen.² Für Kinder, die zur Schule gehen, beinhalten die Kosten eventuelle Ausgaben für Sport, Musik- und Gesangsunterricht oder auch den Besuch von Umweltgruppen.³ Darüber hinaus erfasst die Stichprobe FiD die Kosten für Nachhilfeunterricht während des (zum Befragungszeitpunkt) vergangenen halben Jahres.

1 Außerdem werden in beiden Datensätzen die Konsumausgaben des Haushaltes im letzten Jahr für unterschiedliche Bereiche erfasst. In diesem Kontext wird in beiden Befragungen abgefragt, wieviel der Haushalt für den Bereich „Bildung/Weiterbildung“ ausgegeben hat. Eine solche Erfassung fand im SOEP erstmals und bisher einmalig im Jahr 2010 statt, vgl. Grabka, M. M., Marcus, J., Siegers, R. (2013): Preparation of Data from the New SOEP Consumption Module: Editing, Imputation, and Smoothing. DIW Data Documentation 70. In der FiD-Befragung werden diese Ausgaben jährlich erfasst.

2 Für eine Analyse zur Nutzung dieser Aktivitäten vgl. zum Beispiel Schober, P., Spieß, C. K. (2013): Early Childhood Education Activities and Care Arrangements of Disadvantaged Children in Germany. Child Indicators Research, 6, 709-735.

3 Für Schulkinder umfasst der Aktivitätenbegriff auch den Besuch von Schul-AGs, die jedoch in der Regel nicht kostenpflichtig sind.

Die Kategorien (1) bis (5) sind nur für FiD-Haushalte differenzierbar, weshalb die angegebenen Werte auf kleineren Fallzahlen als bei Kategorie (6) basieren.¹²

Bei der differenzierten Auswertung werden nur solche Familien berücksichtigt, bei denen potentiell mit privaten Bildungsausgaben zu rechnen ist. So beziehen sich die Kita-Ausgaben nur auf Haushalte mit mindestens einem nicht schulpflichtigen Kind und die schulbezogenen Ausgaben nur auf Haushalte mit mindestens einem schulpflichtigen Kind. Für die Auswertungen der Kategorien (3), (4) und (6) sind hingegen alle Haushalte mit Kindern unter 16 Jahren relevant, da bei Kindern in allen Altersgruppen entsprechende Ausgaben anfallen können. Die Bildungsausgaben werden in Abhängigkeit vom bedarfsgewichteten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen der Familien abgebildet (Kasten 2). Bei der Bedarfsgewichtung findet eine Umrechnung statt, die Unterschieden in den Einkommensbedürfnissen verschiedener Haushaltstypen Rechnung trägt.

12 Alle Angaben sind mit Hochrechnungsfaktoren gewichtet.

Ausgaben für Kita am bedeutendsten

Die Berechnungen ergeben, dass jede Familie mit Kindern unter 16 Jahren in Deutschland durchschnittlich etwa 93 Euro pro Monat für Bildungsangebote ausgibt (Tabelle 1). Da mit 23 Prozent fast ein Viertel der Familien allerdings überhaupt keine Ausgaben für Bildung tätigt, sind die durchschnittlichen Ausgaben jener Familien, die in die Bildung ihrer Kinder monetär investieren, mit rund 120 Euro höher. Wie separate Berechnungen zeigen, geben Familien für frühe formale Bildung am meisten aus: Die Ausgaben für Kindertageseinrichtungen machen fast 60 Prozent der gesamten Ausgaben aus. 27 Prozent entfallen im Durchschnitt aller Familienhaushalte auf non-formale Bildungsangebote, also Freizeitaktivitäten, und jeweils sieben Prozent auf einen kostenpflichtigen Schulbesuch beziehungsweise die Nutzung informeller Bildung und Betreuung.

Große Unterschiede zwischen Einkommensgruppen und nach Kinderzahl

Die absoluten Bildungsausgaben unterscheiden sich deutlich zwischen den Einkommensgruppen: Sie steigen

Kasten 2

Methodisches Vorgehen bei der Analyse der Bildungsausgaben nach dem Haushaltseinkommen

Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt darin, die absoluten und relativen privaten Bildungsausgaben in Abhängigkeit vom bedarfsgewichteten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von Familienhaushalten abzubilden. Über die sogenannte Äquivalenzskala der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) werden die Einkommen unterschiedlicher Haushaltstypen vergleichbar gemacht. Nach dieser Äquivalenzskala benötigt beispielsweise ein Paar mit einem Kind das 1,8-fache Einkommen eines Ein-Personen-Haushalts, damit beide den gleichen materiellen Lebensstandard erreichen.¹ Um die Verteilung der Belastung mit Bildungsausgaben darzustellen, wurden für den vorliegenden Bericht alle Haushalte mit Kindern aufsteigend nach ihrem bedarfsgewichteten Nettoeinkommen sortiert und in 20 Segmente (Quantile) aufgeteilt. Die Analysen betrachten die

Ausgaben von Familien entlang dieser Einkommensquantile. Die Analyseergebnisse werden grafisch dargestellt.

Für jedes Quantil wurden folgende Größen bestimmt und grafisch dargestellt: (a) die absolute Höhe der Bildungsausgaben in Euro pro Monat; (b) die Ausgaben relativ zum Haushaltsnettoeinkommen unabhängig davon, ob die Familien tatsächlich Bildungsausgaben tätigen oder nicht; (c) der Anteil der Familien mit tatsächlichen Bildungsausgaben und (d) die Ausgaben relativ zum Haushaltsnettoeinkommen für Familien mit Ausgaben für die entsprechende Ausgabenkategorie.² Die grafische Analyse beschränkt sich auf solche Bildungskategorien, die sich häufig beobachten lassen.

Neben der grafischen Darstellung wird der Zusammenhang von Bildungsausgaben und der Anzahl von Kindern multivariat analysiert. Ziel dieser Analysen ist es, den Zusammenhang zwischen der relativen Höhe von Bildungsausgaben mit verschiedenen Haushaltsmerkmalen zu untersuchen.³

1 Um nun die Haushaltseinkommen über die verschiedenen Haushaltstypen hinweg vergleichbar zu machen, dividiert man das Haushaltseinkommen durch eine haushaltsspezifische Äquivalenzskala, in unserem Fall die modifizierte OECD-Skala. Dieses Verhältnis wird als bedarfsangepasstes Einkommen bezeichnet. Zum Konzept des bedarfsgewichteten beziehungsweise äquivalenzgewichteten Einkommens vgl. Schröder, C., Bönke, T. (2012): Country inequality rankings and conversion schemes. *Economics – The Open-Access, Open-Assessment E-Journal*, Kiel Institute for the World Economy, vol. 6, 1–43; und www.diw.de/de/diw_01.c.411605.de/presse/diw_glossar/aequivalenzeinkommen.html.

2 Die durchschnittlichen Kostenanteile in den einzelnen Quantilen sind berechnet als der Durchschnitt über die haushaltsspezifischen Kostenanteile.

3 Es werden Tobit- und OLS-Modelle geschätzt. Für eine Erläuterung der Methoden siehe Greene, W. (2008): *Econometric Analysis*, 7th Edition.

von unter 50 Euro pro Monat in den untersten Einkommensquantilen auf über 200 Euro in den oberen Quantilen (Abbildung 1). Dieser systematische Anstieg der Bildungsausgaben lässt sich auch für die einzelnen Ausgabenkategorien und Familientypen beobachten. Der Anteil der Familien, die tatsächlich Ausgaben für Bildung tätigen, steigt ebenfalls mit dem Einkommen: In den untersten Quantilen investiert rund die Hälfte der Familien Geld in die Bildung ihrer Kinder, in den obersten Quantilen sind es etwa 90 Prozent der Familien. Dies bedeutet allerdings nicht notwendigerweise, dass einkommensschwächere Familien die Bildungsangebote seltener nutzen, da insbesondere im Kita-Bereich Familien mit geringen Einkommen keine oder weniger Gebühren zahlen müssen.¹³ In manchen Bundesländern entfallen die Gebühren für ganze Jahrgänge insbesondere vor der Einschulung vollständig. Rund 18 Prozent der betrachteten Familien mit Kindern in einer Kita berich-

ten, keine Ausgaben für die Kita-Nutzung zu haben.¹⁴ In den anderen Bereichen hingegen ist der Zusammenhang zwischen der Nutzung und getätigten Ausgaben direkter, obwohl auch Einrichtungen wie öffentlich geförderte Musikschulen soziale Gesichtspunkte bei ihren Gebührenordnungen berücksichtigen.¹⁵

Auch die relative Ausgabenbelastung steigt mit dem Einkommen, sofern alle Familien betrachtet werden. Anders verhält es sich, wenn nur Familien mit Bildungsausgaben berücksichtigt werden: Dann ist die relative Belastung in den unteren Einkommensgruppen größer.¹⁶

13 Vgl. dazu zum Beispiel Spiess, C. K., Berger, E. M., Groh-Samberg, O. (2008): *Overcoming disparities and expanding access to early childhood services in Germany: Policy Considerations and Funding Options*. UNICEF Innocenti Research Centre Working Paper IWP-2008-03, Florenz.

14 Dies kann zum einen mit der Gebührenstaffelung nach Einkommen zusammenhängen und zum anderen mit gebührenfreien Kitajahren, die es in einigen Bundesländern gibt. Im Frühjahr 2012 waren mindestens das letzte Kita-Jahr in Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz gebührenfrei, vgl. www.laendermonitor.de/fileadmin/contents/indikatoren/datenblaetter_2013/tab_37_Ir13.jpg, Stand: Februar 2015.

15 Vgl. Zum Beispiel www.musikschulen.de/medien/doks/vdm/richtlinien-des-vdm-2011_logo.pdf, Stand: Februar 2015.

16 Diese entgegengesetzten Muster haben eine einfache Erklärung: Werden alle Haushalte betrachtet, so ist die relative Belastung in den unteren Quantilen deshalb so niedrig, weil nur ein unterdurchschnittlicher Anteil dieser Haushalte Ausgaben tätigt. Betrachtet man dagegen nur Haushalte mit tatsächlichen Bildungsausgaben, tritt dieser Zusammenhang nicht auf.

Tabelle 1

Monatliche Ausgaben von Familien für die Nutzung formaler, non-formaler und informeller Bildungsangebote 2012

In Euro

	Alle Familien		Familien mit Ausgaben			N
	Mittelwert	Standard-abweichung	Anteil in Prozent	Mittelwert	Standard-abweichung	
Ausgaben für die Nutzung von Bildungsangeboten – alle Familien						
Alle	92,83	142,14	77,19	120,26	151,24	5 884
1 Kind	66,35	104,63	70,96	93,50	113,53	2 404
2 Kinder	119,67	165,89	84,74	141,23	171,56	2 187
3 und mehr Kinder	146,59	193,74	84,43	173,61	199,41	1 293
Ausgaben für frühe formale Bildung und Betreuung (Kita-Nutzung) – Familien mit mindestens einem Kind im Kita-Alter¹						
Alle	101,21	126,50	70,12	144,34	128,83	2 072
1 nicht schulpflichtiges Kind	84,83	102,57	66,53	127,50	101,84	1 242
2 nicht schulpflichtige Kinder	131,13	152,19	76,71	170,96	152,94	703
3 und mehr nicht schulpflichtige Kinder	132,92	196,60	76,73	173,22	208,45	127
Ausgaben für kostenpflichtige Schule – Familien mit mindestens einem schulpflichtigen Kind						
Alle	12,03	49,26	12,85	93,66	106,13	2 599
1 schulpflichtiges Kind	9,97	38,12	11,67	85,48	77,68	1 344
2 schulpflichtige Kinder	11,92	58,40	12,82	92,99	138,52	865
3 und mehr schulpflichtige Kinder	25,58	71,81	20,49	124,84	113,41	390
Ausgaben für informelle Betreuung – alle Familien						
Alle	7,19	50,25	3,98	180,39	179,74	3 671
1 Kind	4,72	41,29	3,35	140,93	179,98	1 197
2 Kinder	8,45	51,00	4,59	184,24	157,16	1 364
3 und mehr Kinder	9,82	65,84	3,89	252,28	225,86	1 110
Ausgaben für non-formale Bildung/Freizeitaktivitäten – alle Familien						
Alle	28,98	60,30	56,65	51,15	72,70	3 671
1 Kind	16,53	42,94	44,26	37,34	58,24	1 197
2 Kinder	29,54	52,31	62,77	47,07	59,47	1 364
3 und mehr Kinder	58,40	96,77	70,45	82,90	106,14	1 110
Ausgaben für Nachhilfe – Familien mit mindestens einem schulpflichtigen Kind						
Alle	7,31	26,53	12,71	57,53	51,53	2 599
1 schulpflichtiges Kind	5,52	21,56	10,45	52,85	44,27	1 344
2 schulpflichtige Kinder	9,64	32,73	15,41	62,58	60,53	865
3 und mehr schulpflichtige Kinder	10,94	30,88	18,14	60,32	47,94	390

¹ Nur Familien, die kein Kind im Hort haben, da Hortausgaben im Datensatz nicht von Kitaausgaben getrennt werden können.

Quelle: Ausgaben für Bildung insgesamt basieren auf FiD 4.0 und SOEP v29, Welle 2012; die einzelnen Ausgabenkategorien basieren auf FiD v4.0, Welle 2012.

© DIW Berlin 2015

Familien geben durchschnittlich knapp 93 Euro pro Monat für die Bildung ihrer Kinder aus.

Während der Anteil der Bildungsausgaben im unteren Einkommensbereich bei über 4,4 Prozent liegt, sinkt er in den oberen Einkommensgruppen auf rund 3,4 Prozent. Ein entsprechender Zusammenhang ist für alle Ausgabenarten zu beobachten.

Eine wichtige Gruppe für Verteilungsanalysen sind „einkommensarme“ Familien.¹⁷ Diese verfügen über die ge-

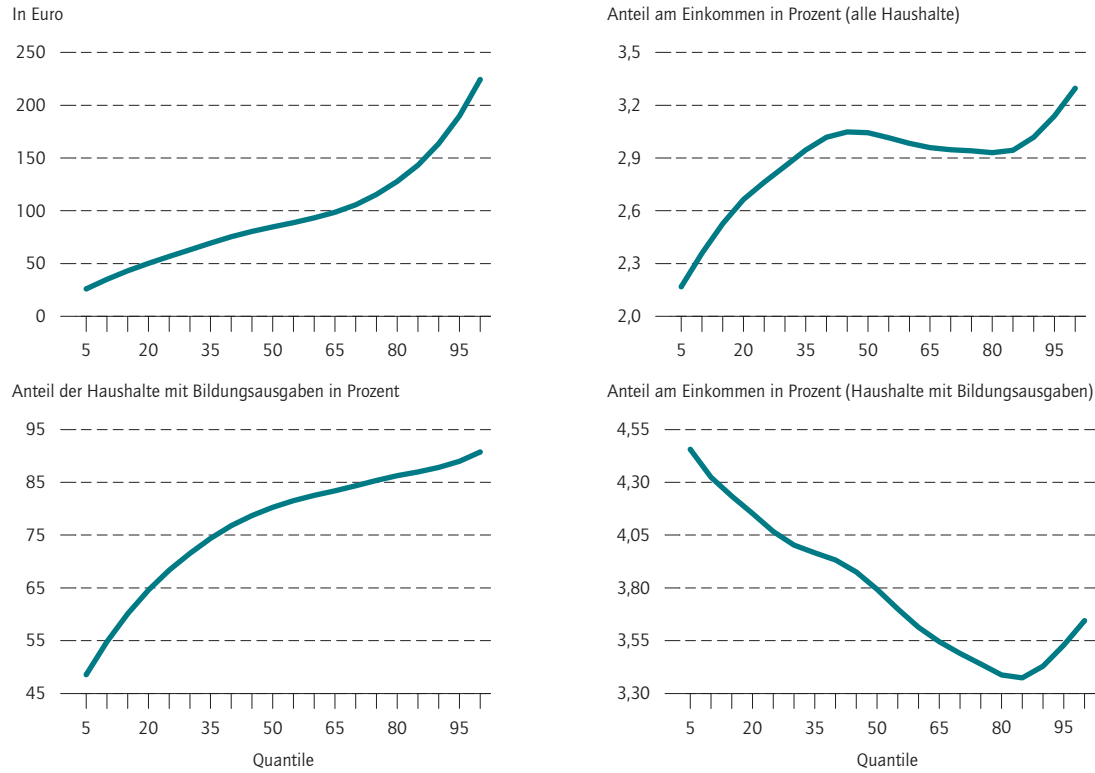
ringsten finanziellen Ressourcen, um Bildungsausgaben tätigen zu können. Tatsächlich tätigen in dieser Gruppe 44 Prozent gar keine Bildungsausgaben (nicht arme Familien: 18 Prozent). Insgesamt geben sie mit durchschnittlich 37 Euro auch deutlich weniger für diese Angebote aus als nicht arme Familienhaushalte (107 Euro).

Bei der für Verteilungsanalysen ebenfalls interessanten Gruppe von Familien, denen mit mehreren Kindern, zeigt sich, dass die Bildungsausgaben in den unteren Quantilen fast unabhängig von der Anzahl der Kinder sind, während sie in den oberen Quantilen mit einer höheren Kinderzahl deutlich steigen (Abbildung 2). Dieser Befund kann sowohl in einkommensabhängigen

¹⁷ Ein Haushalt gilt dann als einkommensarm, wenn sein äquivalenzgewichtetes Einkommen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens beträgt, vgl. dazu Schröder, C., und T. Bönke, T. (2012): Country inequality rankings and conversion schemes. Economics – The Open-Access, Open-Assessment E-Journal, Kiel Institute for the World Economy, vol. 6, 1–43.

Abbildung 1

Monatliche Bildungsausgaben von Familien insgesamt im Jahr 2012



Quellen: FiD 4.0 und SOEP v29, Wellen 2012; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Familien mit Bildungsausgaben sind im unteren Einkommensbereich stärker belastet.

Gebühren als auch unterschiedlichen Nutzungsintensitäten begründet sein.

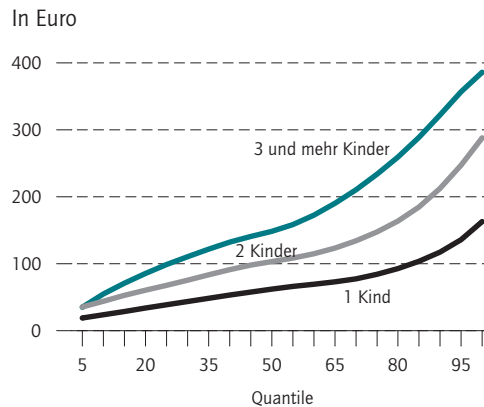
Neben dem Einkommen und der Anzahl der Kinder ist der höchste Bildungsabschluss der Eltern eine wichtige Determinante für Bildungsausgaben. Insbesondere Familien in den oberen Einkommensgruppen tätigen dann höhere Bildungsausgaben, wenn mindestens ein Elternteil einen akademischen Abschluss hat (Abbildung 3). In geringerem Umfang ist dieser Bildungsunterschied auch in den unteren Einkommensgruppen zu beobachten. Am stärksten ist der Zusammenhang bei Familien mit mindestens drei Kindern.

Kostenpflichtiger Kita-Besuch belastet einkommensschwache Familien relativ stärker

Familien, die tatsächlich eine Kita nutzen, geben im Durchschnitt 119 Euro pro Monat dafür aus (Tabelle 2). Allerdings sind in dieser Gruppe auch jene Familien miteinbezogen, die trotz der Nutzung einer Kita keine

Abbildung 2

Monatliche Bildungsausgaben von Familien nach der Zahl der Kinder im Jahr 2012



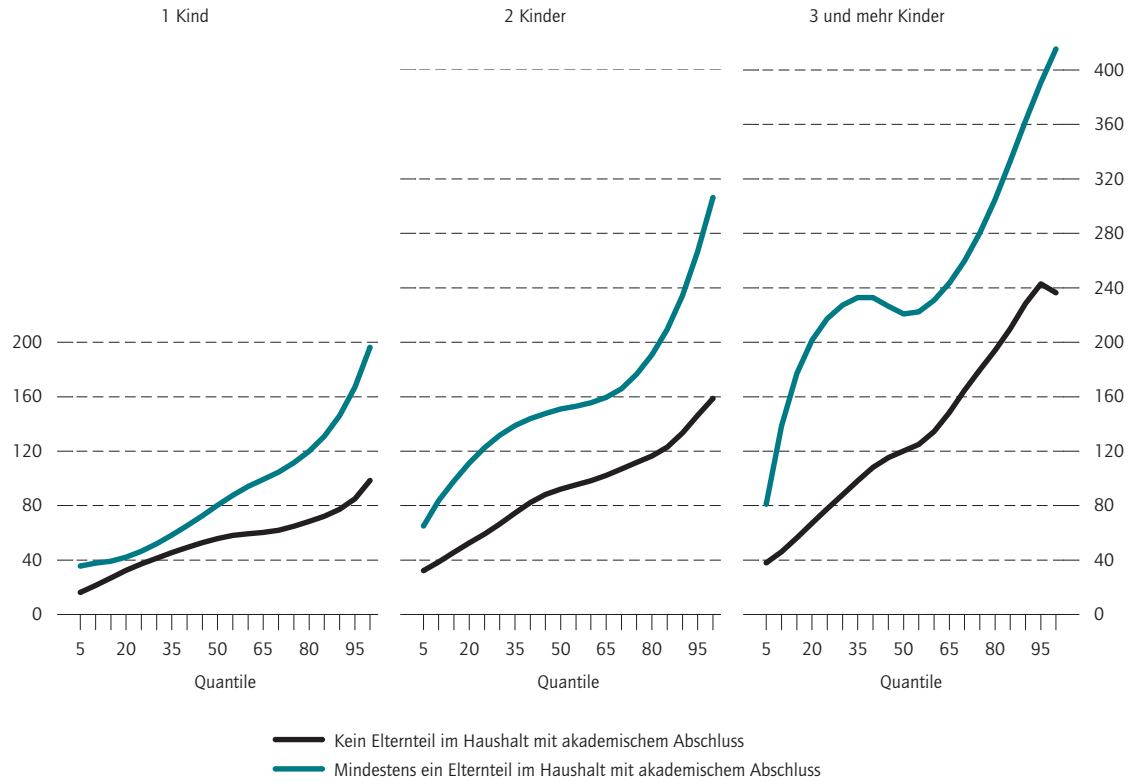
Quellen: FiD 4.0 und SOEP v29, Wellen 2012; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Je höher das Einkommen und die Zahl der Kinder, desto mehr gibt eine Familie für Bildung aus.

Abbildung 3

Monatliche Bildungsausgaben von Familien nach Zahl der Kinder und Bildung der Eltern 2012
In Euro



Quellen: FiD 4.0 und SOEP v29, Wellen 2012; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Auch bei gleichen Einkommen geben akademisch gebildete Eltern mehr für die Bildung ihrer Kinder aus als Nichtakademiker.

Tabelle 2

Monatliche Ausgaben von Familien für die Nutzung früher formaler Bildung und Betreuung (Kita-Nutzung)¹ 2012

In Euro

	Alle Familien, die eine Kita nutzen		Familien, die eine Kita nutzen mit Ausgaben			N
	Mittelwert	Standardabweichung	Anteil in Prozent	Mittelwert	Standardabweichung	
Alle	119,13	129,23	82,54	144,34	128,83	1 725
1 Kind in der Kita	101,70	99,57	81,68	124,51	96,42	1 304
2 Kinder in der Kita	195,32	186,26	86,50	225,79	182,27	386
3 und mehr Kinder in der Kita ²	221,62	382,84	83,23	266,28	405,80	35

¹ Nur Familien, die eine Kita nutzen.

² Aufgrund der geringen Fallzahlen können die Ergebnisse für 3 und mehr Kinder in der Kita nur bedingt interpretiert werden.

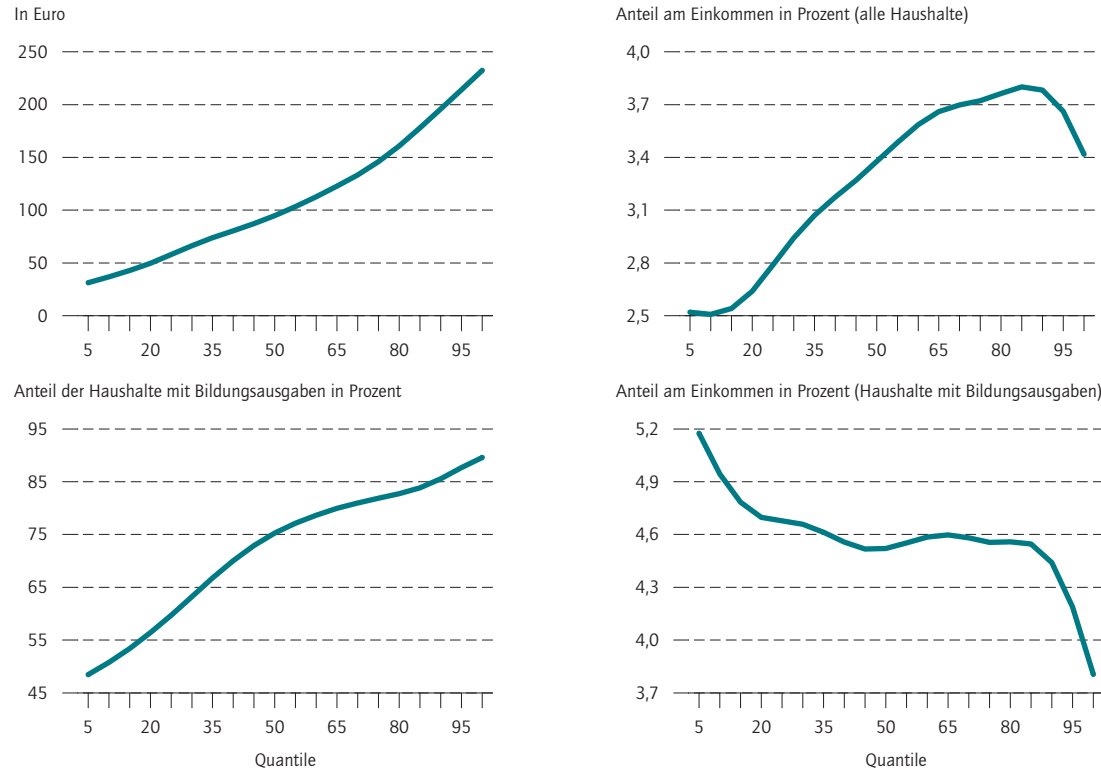
Quelle: FiD 4.0, Wellen 2012.

© DIW Berlin 2015

Bei etwa 18 Prozent der Nutzer einer Kindertageseinrichtung fallen keine Ausgaben an.

Abbildung 4

Monatliche Ausgaben für frühe formale Bildung und Betreuung von Familien mit mindestens einem nicht schulpflichtigen Kind 2012¹



¹ Nur Familien, die kein Kind im Hort haben, da Hortausgaben im Datensatz nicht von Kitaausgaben getrennt werden können.

Quellen: FiD 4.0., Welle 2012; Berechnungen des DIW Berlin.

Sowohl der Anteil der Haushalte, die Ausgaben für frühe formale Betreuung tätigen, als auch die Höhe der Ausgaben steigen mit dem Einkommen.

Kita-Ausgaben haben. Wenn nur Familien betrachtet werden, die Kita-Ausgaben tätigen, so belaufen sich die durchschnittlichen Ausgaben auf 144 Euro im Monat.

Im untersten Einkommensbereich fallen bei nahezu 50 Prozent der Haushalte keine Kita-Kosten an, entweder weil sie keine Kita nutzen oder weil sie keine Nutzungsgebühren zahlen müssen. Im oberen Einkommensbereich sind es etwa zehn Prozent der Haushalte (Abbildung 4). Bemerkenswert ist die relative Belastung für Familien, die entsprechende Ausgaben tätigen: Der untere Einkommensbereich ist am stärksten belastet, bei mittleren Einkommen ist die Belastung geringer (aber relativ konstant) über unterschiedliche Einkommen, während die zehn Prozent Familien mit den höchsten Einkommen eine noch geringere Belastung aufweisen.

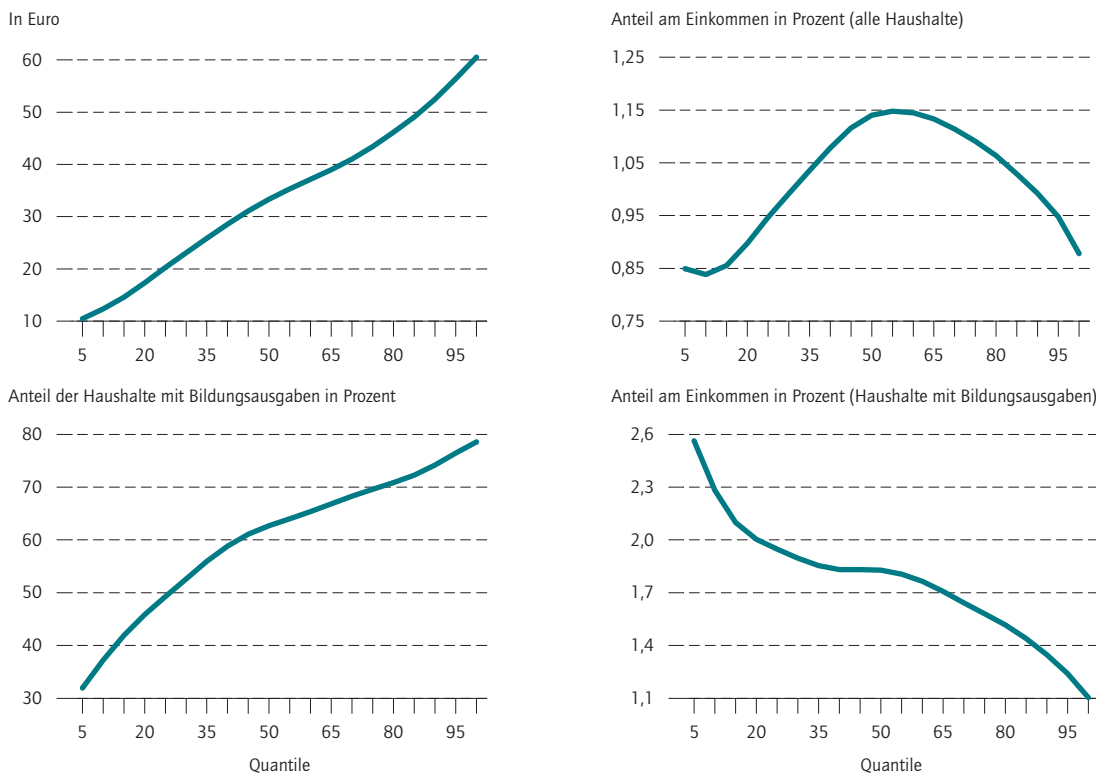
Familien mit höheren Einkommen zahlen häufiger für Schulbesuch ihrer Kinder

Der Schulbesuch ist für knapp 13 Prozent der Familien mit schulpflichtigen Kindern mit Kosten verbunden (Tabelle 1). Dabei ist der Anteil der Familien, die entsprechende Ausgaben tätigen, in den oberen Einkommensgruppen deutlich höher als in den unteren: In letzteren geben lediglich etwa fünf Prozent der Familien an, Ausgaben zu tätigen, während es im oberen Einkommensbereich etwa 25 Prozent sind.

Ausgaben für die Nutzung informeller Bildungs- und Betreuungsangebote fallen lediglich bei vier Prozent der Familien an. Diese geben im Durchschnitt allerdings immerhin 180 Euro pro Monat aus. Der Anteil

Abbildung 5

Monatliche Ausgaben für non-formale Bildung/Freizeitaktivitäten von Familien 2012



Quellen: FiD 4.0., Welle 2012; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die einkommensstärksten Haushalte geben bis zu sechs Mal so viel für Freizeitaktivitäten aus wie die einkommenschwächsten Haushalte.

der Familien, die Ausgaben tätigen, steigt mit dem Einkommen und beträgt bei den höchsten Einkommensgruppen fast 15 Prozent. Die relative Belastung der Familien nimmt jedoch ab, je höher das Einkommen ist.¹⁸

Rund die Hälfte der Familien tätigt Ausgaben für Aktivitäten außerhalb der Schule und Kita

Für die Nutzung non-formaler Bildungsangebote außerhalb der Kita und Schule geben Familien, die tatsächlich Ausgaben in diesem Bereich tätigen, durchschnittlich knapp 51 Euro pro Monat aus. Bei Familien mit einem Kind sind es etwa 37 Euro. Allerdings geben 44 Prozent der Familien mit einem Kind hierfür nichts aus. Der Anteil derjenigen, die überhaupt Ausgaben tätigen,

¹⁸ Untere Einkommensquantile geben im Mittel etwa neun Prozent ihres Einkommens dafür aus, während es bei den oberen Einkommensgruppen zwischen vier und fünf Prozent sind.

steigt mit dem Einkommen: von knapp 30 Prozent in den untersten auf 80 Prozent in den obersten Einkommensgruppen (Abbildung 5). Die relative Belastung der Familien mit Ausgaben dagegen fällt über die Einkommensquantile (von 2,5 auf ein Prozent).

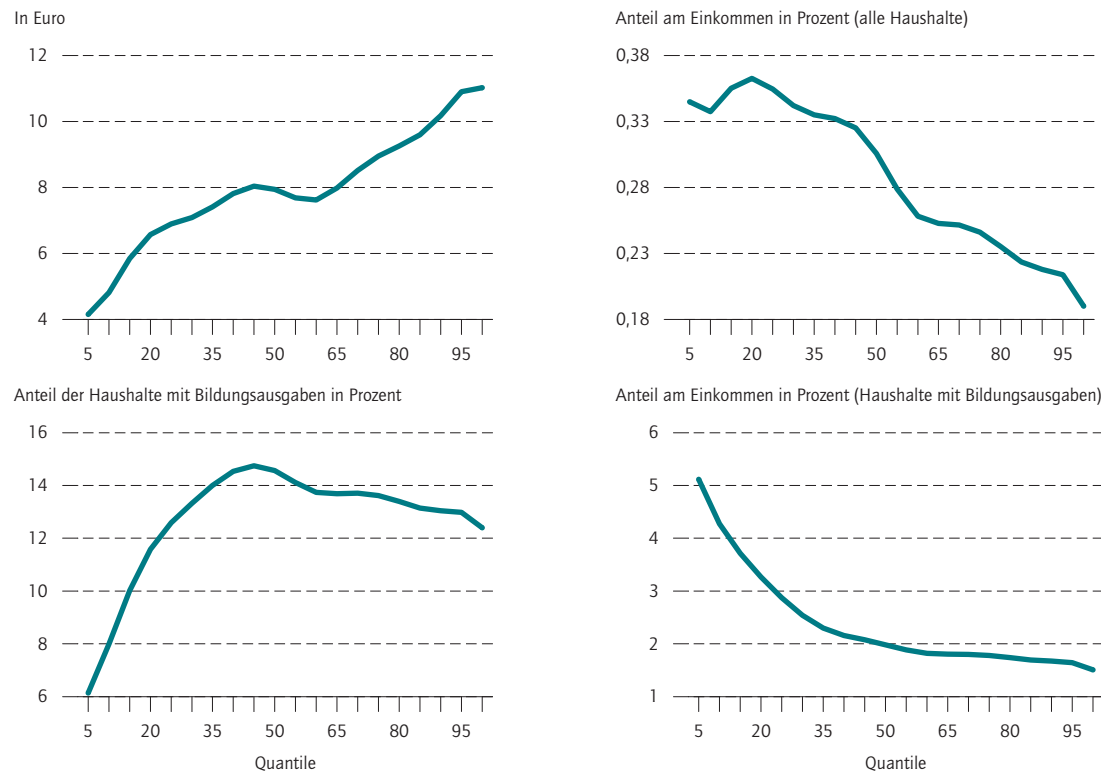
Wenn Familien Ausgaben für die Nachhilfe ihrer schulpflichtigen Kinder haben, belaufen sich diese im Durchschnitt auf rund 57 Euro. Bis in die mittleren Einkommensgruppen hinein steigt der Anteil derjenigen, die entsprechende Ausgaben tätigen. Sofern eine kostenpflichtige Nachhilfe genutzt wird, geben Familien mit niedrigem Einkommen relativ zu ihrem Einkommen mehr für diese Angebote aus (Abbildung 6).

Familien mit jungen Kindern haben höchste Bildungsausgaben

Multivariate Analysen, die eine Vielzahl von Faktoren berücksichtigen, bestätigen, dass bei Familien, die tat-

Abbildung 6

Monatliche Ausgaben für Nachhilfe von Familien mit mindestens einem schulpflichtigen Kind 2012



Quellen: FiD 4.0., Welle 2012; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Der Anteil der Ausgaben für Nachhilfe nimmt mit steigendem Einkommen ab.

sächlich Geld für Bildung ausgeben, der Ausgabenanteil für Bildung mit dem Einkommen fällt (Tabelle 3, Modell 2). Dies gilt dann, wenn die Anzahl und das Alter der Kinder oder andere Haushaltsmerkmale in die Modellrechnungen einfließen. Werden hingegen alle Familien betrachtet, nimmt die relative Ausgabenbelastung mit steigendem Einkommen zu (Tabelle 3, Modell 1). Die in diesem Bericht grafisch dargestellten Befunde bleiben also auch dann erhalten, wenn andere Faktoren, die die Bildungsausgaben von Familien beeinflussen können, berücksichtigt werden. Beide Modelle zeigen zudem, dass im Vergleich zu Familien, deren jüngstes Kind im Sekundarschulalter ist, Familien mit jüngeren Kindern einen höheren Teil ihres Einkommens für Bildung aufwenden. Das gilt insbesondere für Familien, deren jüngstes Kind im Kita-Alter ist. Der Ausgabenanteil am Einkommen steigt mit der Anzahl der Kinder. Familien mit alleinerziehenden Müttern oder Vätern verwenden relativ betrachtet einen größeren Teil ihres Einkommens für Bildung als Paarfamilien. Dies trifft auch auf Familien zu, bei denen alle im Haushalt

lebenden Elternteile eine Vollzeitberufstätigkeit ausüben. Für beide Familientypen mag dies auch darin begründet liegen, dass sie eher auf außerfamiliäre Bildungs- und Betreuungsangebote angewiesen sind. Familien, bei denen mindestens ein Elternteil Akademiker ist, geben ebenfalls mehr für Bildung aus. Dies legt nahe, dass Kinder, die aufgrund einer höheren Bildung ihrer Eltern ohnehin bevorzugt sind, auch eher von höheren Bildungsausgaben profitieren können als Kinder aus bildungsferneren Elternhäusern – und dies bei gleichem Einkommen und gleichem Erwerbsverhalten der Eltern. Allerdings ist hier zu bedenken, dass bestimmte Gruppen keine Ausgaben für Bildungsangebote tätigen müssen, obwohl sie diese nutzen – dies ist vor allem im Hinblick auf Kita-Angebote relevant.

Fazit

Familien tragen einen erheblichen Teil der privaten Bildungsausgaben. Dies gilt umso mehr, wenn der Bildungsbegriff weit gefasst wird und neben den Aus-

Tabelle 3

Zusammenhang zwischen Bildungsausgaben (relativ zum Haushaltseinkommen) und Haushaltscharakteristika

	Modell 1	Modell 2
	Alle Familien	Familien mit Ausgaben
	Marginale Effekte ¹	Koeffizienten ²
Haushaltseinkommen	1,36***	-1,27***
Haushaltseinkommen ^ 2	-0,50***	0,20*
Haushaltseinkommen ^ 3	0,07***	-0,02
Jüngstes Kind im Kita-Alter	2,79***	2,39***
Jüngstes Kind im Grundschulalter	1,53***	0,81***
<i>Referenz: Jüngstes Kind im Sekundarschulalter</i>		
Zahl der Kinder im Haushalt	0,52***	0,44***
Alleinerziehender Haushalt	0,86***	1,00***
<i>Referenz: Paarhaushalt</i>		
Beide Elternteile arbeiten Vollzeit	0,53***	0,50***
<i>Referenz: Nur ein oder kein Elternteil arbeitet Vollzeit</i>		
Mindestens ein Elternteil mit akademischem Abschluss	2,03***	1,67***
<i>Referenz: Kein Elternteil mit akademischem Abschluss</i>		
Wohnort in Ostdeutschland	0,38**	0,31**
<i>Referenz: Wohnort in Westdeutschland</i>		
Konstante	-1,99***	2,21***
Log likelihood	-14922,926	
N	5 915	4 638

1 Marginale Effekte aus einem zensierten Regressionsmodell (Tobit).

2 Koeffizienten aus einem linearen Regressionsmodell (OLS).

Signifikanzniveau: * p < 0,1; ** p < 0,05; *** p < 0,01.

Quelle: FiD 4.0 und SOEP v29, Welle 2012.

Multivariate Analysen bestätigen, dass einkommensschwächere Haushalte relativ stärker durch Bildungsausgaben belastet sind.

gaben für formale Bildungsangebote wie Kindertageseinrichtungen und kostenpflichtige Schulen auch die Ausgaben für informelle und non-formale Angebote wie Tagesmütter oder Sportvereine und Musikunterricht hinzugezogen werden. Allerdings machen die Ausgaben für Kindertageseinrichtungen auch bei einem breiten Verständnis von Bildungsausgaben im Durchschnitt aller Haushalte den mit Abstand größten Ausgabenanteil an allen Bildungsausgaben aus. Damit wird deutlich, dass Familien in einer Phase, in der sie häufig aufgrund eingeschränkter Erwerbstätigkeit eines Elternteils über ein geringeres Einkommen verfügen, besonders hohe Bildungsausgaben haben.

Bei einer weiten Auslegung des Bildungsbegriffs geben Familienhaushalte in Deutschland durchschnittlich bis zu 3,5 Prozent des monatlichen Einkommens für die Bildung ihrer Kinder aus – dieser Anteil liegt höher, je größer das Einkommen ist. Der relativ niedrigere Ausgabenanteil bei einkommensschwächeren Fa-

milien hat zwei mögliche Ursachen: entweder nutzen sie die Bildungsangebote weniger oder sie müssen aufgrund einkommensabhängiger Gebühren weniger oder gar nichts für die Nutzung bezahlen. Tatsächlich zeigen einschlägige Untersuchungen des Kita-Nutzungsverhaltens, dass Familien mit sehr niedrigem Einkommen Kitas tendenziell mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit nutzen.¹⁹ Sofern die Familien der unteren Einkommensgruppen aber tatsächlich Ausgaben tätigen, ist ihre relative Belastung höher als bei Familien, die mehr Geld zur Verfügung haben. Dies trifft auf die Ausgaben für nahezu alle betrachteten Bildungsangebote zu, auch auf den Bereich der Kita-Kosten. Die relative Belastung von Haushalten, die Kita-Gebühren zahlen, ist trotz, meist einkommensabhängiger Gebühren, im unteren Einkommensbereich größer als in den oberen Einkommensgruppen.

Im Hinblick auf ungleiche Bildungschancen ist ein weiterer Befund festzuhalten: Familien, deren Kinder grundsätzlich bessere Bildungschancen haben, etwa weil mindestens ein Elternteil einen akademischen Abschluss hat, geben relativ betrachtet mehr für Bildung aus.

Ein substantieller Anteil der Bildungsausgaben sind Ausgaben für non-formale Bildungsangebote. Hier zeigt sich eine erhebliche Ausgabendifferenz von über 50 Euro zwischen Familien mit hohen und niedrigen Einkommen. Sofern sie in diesem Bereich Ausgaben tätigen, sind einkommensschwache Familien auch hier relativ betrachtet etwas höher belastet.

Unter dem Strich unterscheidet sich die Höhe privater Bildungsausgaben abhängig vom jeweiligen Einkommen der Familien deutlich: Wer ein höheres Einkommen hat, gibt häufiger und mehr Geld für Bildung aus. Die vielfach diskutierten Differenzen im Bildungserfolg von Kindern unterschiedlicher elterlicher Einkommens- und Bildungsgruppen sind wohl auch darin begründet. Für eine Bildungspolitik, die alle Bildungspotentiale erschließen will, ist dies ein wichtiger Ansatzpunkt. Konkret könnte eine progressivere Staffelung von Kita-Gebühren und Beiträgen in öffentlich geförderten Sportvereinen oder Musikschulen ein bildungspolitischer Ansatzpunkt sein, wenn einkommensschwächere Haushalte im Hinblick auf ihre Bildungsausgaben stärker als bisher entlastet werden sollen.

¹⁹ Vgl. Schober, P., Spiess, C. K. (2013): Early Childhood Education Activities and Care Arrangements of Disadvantaged Children in Germany. Child Indicators Research, 6, 709-735; oder Schober, P., Stahl, J. (2014): Trends in der Kinderbetreuung – sozioökonomische Unterschiede verstärken sich in Ost und West. DIW Wochenbericht Nr. 40/2014, 986-994.

PRIVATE BILDUNGS AUSGABEN

Carsten Schröder ist Stellvertretender Direktor des Sozio-oekonomischen Panel am DIW Berlin | cschroeder@diw.de

C. Katharina Spieß ist Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | kspiess@diw.de

Johanna Storck ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | jstorck@diw.de

PRIVATE SPENDING ON CHILDREN'S EDUCATION: LOW-INCOME FAMILIES PAY RELATIVELY MORE

Abstract: Education is not financed solely by the taxpayer—many institutions and activities require payment of top-up fees, at the very least, this applies for instance to education and care services for children. A household's private expenditure on education depends largely on the families' available financial resources. However, to date, very little research has been conducted on the relationship between income and expenditure on education. The present study by DIW Berlin is based on data from the Socio-Economic Panel (SOEP) study and the SOEP-related study, Families in Germany (Familien in Deutschland, FiD) for 2012. The present work analyzes private spending on various educational provisions such as child daycare services, private schools, or non-formal educational programs such as those organized by sports

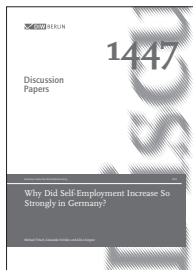
clubs or music schools. The findings of the study indicate that, of the families who actually spend money on their children's education, it is the low-income households that use a higher share of their household budget for this purpose—this applies both to overall expenditure and to spending on individual educational services. However, if we consider all family households in Germany, higher-income families spend more on education, both in absolute and relative terms. Furthermore, it also holds true that the younger the children, the higher the share of the household's income spent on education. More progressive fee scales could help reducing expenditure burdens of low-income family's education inequalities, and support children to make full use of their educational potentials.

JEL: D12, D39, H4, H52, I2

Keywords: education, private expenditures, income distribution, costs for children

Discussion Papers Nr. 1447

2015 | Michael Fritsch, Alexander S. Kritikos, Alina Sorgner



Why Did Self-Employment Increase So Strongly in Germany?

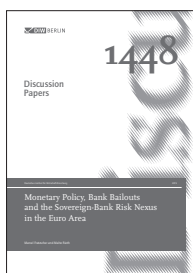
Germany experienced a unique rise in the level of self-employment in the first two decades following unification. Applying the non-linear Blinder-Oaxaca decomposition technique, we find that the main factors driving these changes in the overall level of self-employment are demographic developments, the shift towards service sector employment, and a larger share of population holding a tertiary degree. While these factors explain most of the development in self-employment with employees and the overall level of self-employment in West Germany, their explanatory power is much lower for the stronger increase of solo self-employment and of self-employment in former socialist East Germany.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1448

2015 | Marcel Fratzscher, Malte Rieth



Monetary Policy, Bank Bailouts and the Sovereign-Bank Risk Nexus in the Euro Area

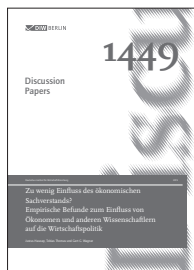
The paper analyses the empirical relationship between bank risk and sovereign credit risk in the euro area. Using structural VAR with daily financial markets data for 2003–13, the analysis confirms two-way causality between shocks to sovereign risk and bank risk, with the former being overall more important in explaining bank risk, than vice versa. The paper focuses specifically on the impact of non-standard monetary policy measures by the European Central Bank and on the effects of bank bailout policies by national governments. Testing specific hypotheses formulated in the literature, we find that bank bailout policies have reduced solvency risk in

the banking sector, but partly at the expense of raising the credit risk of sovereigns. By contrast, monetary policy was in most, but not all cases effective in lowering credit risk among both sovereigns and banks. Finally, we find spillover effects in particular from sovereigns in the euro area periphery to the core countries.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1449
2015 | Justus Haucap, Tobias Thomas, Gert G. Wagner



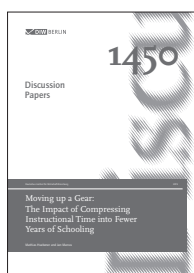
Zu wenig Einfluss des ökonomischen Sachverstands? Empirische Befunde zum Einfluss von Ökonomen und anderen Wissenschaftlern auf die Wirtschaftspolitik

Das Papier zeigt, dass die seit Jahrzehnten andauernde Klagen wissenschaftlich tätiger Ökonomen, dass Öffentlichkeit und Politik nicht genug auf Ergebnisse der ökonomischen Forschung hören, zumindest für Deutschland im Quervergleich zu anderen Wissenschaften in Bezug auf das mediale Interesse an ökonomischen Erkenntnissen nicht gerechtfertigt sind. Es wird in bemerkenswerter Weise von der Resonanz kontrastiert, die Ökonomen in Deutschland im Vergleich zu anderen Wissenschaftlern in den Medien genießen. Auch in Kreisen wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger finden Ökonomen deutlich mehr Gehör als Nicht-Ökonomen. Keine andere Wissenschaft erreicht in den Medien und bei Wirtschaftspolitikern auch nur annähernd die gleiche Aufmerksamkeit wie die Ökonomie. Die empirische Evidenz zeigt zugleich aber auch, dass Aussagen wissenschaftlicher Experten in den Medien in der Regel nur etwa ein bis zwei Prozent aller Aussagenausmachen. Damit bleiben nahezu alle Experten unterhalb der Wahrnehmungsschwelle für das breitere Publikum und entfalten so kaum öffentliche Wirkung.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1450
2015 | Mathias Huebener, Jan Marcus



Moving up a Gear: The Impact of Compressing Instructional Time into Fewer Years of Schooling

Policy-makers face a trade-off between the provision of higher levels of schooling and earlier labour market entries. A fundamental education reform in Germany tackles this trade-off by reducing high school by one year while leaving the total instructional time unchanged. Employing administrative data on all high school graduates in 2002-2013 in Germany, we exploit both temporal and regional variation in the implementation of the reform and study the overall effectiveness of this reform. We find that compressing the high school track by one year reduces the mean high school graduation age by about 10 months. The probability to repeat a grade level in the course of high school increases by 21 percent (3 percentage points), peaking in the final three years before graduation. However, the high school graduation rate is not affected. The results indicate the reform's success in reducing the graduation age, though it stays behind its potential benefits for labour markets and social security schemes because of higher grade repetition rates.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





Prof. Dr. Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Keine Kohle für die Kohle

Um Deutschland auf lange Sicht als Exportweltmeister zu halten, greift der deutsche Staat noch immer tief in die Kasse und sorgt dafür, dass andere Länder die Technologie „Made in Germany“ überhaupt bezahlen können. Diese Exportfinanzierung wird federführend über die KfW-Tochter IPEX im Zusammenspiel mit diversen privaten Banken eingefädelt. Dazu kommen Kreditabsicherungen im großen Stil über staatliche Hermes-Bürgschaften. Für die deutsche Industrie ist das ein attraktives Geschäft, verringert sich doch das Export-Risiko auf diese Weise erheblich.

Fragwürdig wird das Ganze jedoch, wenn man auf diese Weise nicht innovative und zukunftsweisende Technologien der Welt anbietet, sondern solche, die in Europa immer weniger Abnehmer finden, wie zum Beispiel Kohlekraftwerke. Im Gegensatz zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienztechnologien verlieren Kohlekraftwerke im Zuge des Klimaschutzes immer mehr an Bedeutung. Denn über den Lebenszyklus neuer Kraftwerke von 40 bis 60 Jahren hat Kohlekraft keine wirtschaftliche Zukunft. Im Gegenteil: Die dezentrale Energiegewinnung durch Wasser, Wind und vor allem Sonne in den Entwicklungs- und Schwellenländern ist schon heute oftmals wesentlich attraktiver als zentrale Großkraftwerke herkömmlicher Energien.

Die Energieversorger in Asien und Afrika sind leider empfänglich für die Sonderangebote aus Deutschland. Sie entscheiden sich – durch attraktive Finanzierungsangebote geködert – für die scheinbar billigere Kohle-Lösung von heute; langfristig erkaufen sie sich mit hoher Wahrscheinlichkeit ökonomische Probleme von morgen. Denn selbst wenn derzeit Kohle noch ein billiger Rohstoff ist, werden die wirklichen Folgekosten der CO₂-Emissionen in der Zukunft immer schwerwiegender. Deswegen war es folgerichtig, dass Umweltministerin Barbara Hendricks auf dem UN-Klimagipfel in New York verkündete, im Rahmen der entwicklungs- und klimapolitischen Zusammenarbeit klimaschädliche Projekte nicht mehr fördern zu wollen. Leider hat sie sich jedoch nicht durchsetzen können: Nahezu unbemerkt von der Öffentlich-

keit wurde kürzlich die Fortführung eben dieser Bürgschaften beschlossen.

Als Begründung wird angeführt, dass die neuen deutschen Kohlekraftwerke alte ineffiziente Kraftwerke ersetzen und dadurch die CO₂-Emissionen reduzieren würden. Das mag im naiven Ist-Vergleich hier und heute stimmen. Die neuen Kraftwerke stoßen über die Jahrzehnte hinweg unterm Strich dann doch mehr CO₂ aus, als wenn man die alten ineffizienten Kraftwerke in den nächsten Jahren abschalten und durch klimaneutrale Technologie ersetzen würde.

Nicht weniger als die Glaubwürdigkeit der deutschen Energiewende steht nun auf dem Spiel: Deutschland will zeigen, dass die Energiewende funktioniert, mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energien und vor allem mittelfristig immer weniger Kohlestrom. Kohlekraftwerke passen nicht in eine nachhaltige Energiewende, sie produzieren zu große Mengen Treibhausgas und sind zu unflexibel in der Kombination mit erneuerbaren Energien. Zu Recht fordern Länder wie die USA oder auch Großbritannien, man möge auf diese Art der finanziellen Bürgschaften doch bitte dauerhaft verzichten.

Die Energiewende bietet enorme Investitions- und Innovationschancen und somit wirtschaftliche Chancen für eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und mehr Arbeitsplätze. Als Land der Ingenieure und technischen Innovationen und als Exportweltmeister könnten wir nicht nur andere für die ökonomischen und ökologischen Vorteile einer globalen Energiewende begeistern; wir könnten auch gleich die entsprechende Technik dafür liefern – wenn nötig mit den entsprechenden Krediten.

Das allerdings würde heißen: keine Kohle für die Kohle, stattdessen mehr Energie in die Erneuerbaren. Derlei wird sich politisch wie ökonomisch rentieren, wenn man endlich mal über den Tag hinaus denkt: Deutschland wäre dann nicht nur glaubwürdiger Musterschüler für mehr Klimaschutz und eine aktive Energiewende in der EU, sondern auch technologischer Spitzenreiter in der Welt. Schade, dass man auch diese Chance vertan hat.